

Tutzingener Studien zur Politik



Ursula Münch | Andreas Kalina [Hrsg.]

# Demokratie im 21. Jahrhundert

Theorien, Befunde, Perspektiven



Nomos



AKADEMIE FÜR  
POLITISCHE BILDUNG  
TUTZING

Tutzingen Studien zur Politik

herausgegeben von der  
Akademie für Politische Bildung, Tutzing

Band 18

Ursula Münch | Andreas Kalina [Hrsg.]

# Demokratie im 21. Jahrhundert

Theorien, Befunde, Perspektiven



**Nomos**



AKADEMIE FÜR  
POLITISCHE BILDUNG  
TUTZING

Titelbild: © Blick auf Paul-Löbe- und Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Deutschen Bundestages im Berliner Regierungsviertel. Quelle: Pixabay License (Easedale).

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**The Deutsche Nationalbibliothek** lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available on the Internet at <http://dnb.d-nb.de>

ISBN 978-3-8487-6903-2 (Print)  
978-3-7489-2150-9 (ePDF)

#### **British Library Cataloguing-in-Publication Data**

A catalogue record for this book is available from the British Library.

ISBN 978-3-8487-6903-2 (Print)  
978-3-7489-2150-9 (ePDF)

#### **Library of Congress Cataloging-in-Publication Data**

Münch, Ursula / Kalina, Andreas  
Demokratie im 21. Jahrhundert  
Theorien, Befunde, Perspektiven  
Ursula Münch / Andreas Kalina (eds.)  
446 pp.  
Includes bibliographic references.

ISBN 978-3-8487-6903-2 (Print)  
978-3-7489-2150-9 (ePDF)



Onlineversion  
Nomos eLibrary

#### **1. Auflage 2020**

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

This work is subject to copyright. All rights reserved. No part of this publication may be reproduced or transmitted in any form or by any means, electronic or mechanical, including photocopying, recording, or any information storage or retrieval system, without prior permission in writing from the publishers. Under § 54 of the German Copyright Law where copies are made for other than private use a fee is payable to "Verwertungsgesellschaft Wort", Munich.

No responsibility for loss caused to any individual or organization acting on or refraining from action as a result of the material in this publication can be accepted by Nomos or the editors.

# Inhaltsverzeichnis

|               |   |
|---------------|---|
| Vorwort ..... | 9 |
|---------------|---|

## I. Krise der Demokratie?

HANS VORLÄNDER

|                                                                                 |    |
|---------------------------------------------------------------------------------|----|
| Die Krisen und der Populismus. Wie belastbar ist die liberale Demokratie? ..... | 13 |
|---------------------------------------------------------------------------------|----|

RAINER-OLAF SCHULTZE

|                                                                                      |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Stabilität und Wandel. Wie viel politische Beteiligung braucht die Demokratie? ..... | 35 |
|--------------------------------------------------------------------------------------|----|

HELMUT KLAGES

|                                                                                                                      |    |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Demokratie in der Krise? Ergebnisse der empirischen Infragestellung eines scheinbar feststehenden Sachverhalts ..... | 67 |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|

CLAUDIO FRANZIUS

|                                                                             |     |
|-----------------------------------------------------------------------------|-----|
| Demokratie, aber wo? Über die Schwierigkeiten europäischer Demokratie ..... | 101 |
|-----------------------------------------------------------------------------|-----|

DIRK LÜDDECKE

|                                                                                                           |     |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Demokratie und Öffentlichkeit im Krisenmodus. Überlegungen zu einer gegenstrebigen Fügung im Wandel ..... | 113 |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|

## II. Demokratie als Parteiendemokratie?

UWE KRANENPOHL

|                                                                                                          |     |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Responsivität. Unzeitgemäße(?) Anmerkungen zu einer zentralen Kategorie repräsentativer Demokratie ..... | 143 |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|

POLA LEHMANN

Enacting the Citizens' Preferences in Parliament. Representation as a  
Dynamic Process: Concept and Measurement ..... 165

### III. Demokratie, Medien und Demoskopie

GEORG PAUL HEFTY

Medien zwischen Politik und Volk, zwischen Auftrag und vierter  
Gewalt ..... 189

URSULA ALEXANDRA OHLIGER / VERONIKA OHLIGER

Der gläserne Wähler? Die Ambivalenz politischer  
Meinungsforschung in der Mediendemokratie ..... 201

### IV. Partizipation, direkte und digitale Demokratie

URSULA MÜNCH

Bedroht die digitale Transformation die liberale Demokratie? ..... 231

FRANK DECKER

Direkte Demokratie in Deutschland auf Landes- und Bundesebene.  
Welche Verfahren sind geeignet? ..... 253

FRANK BRETTSCHEIDER

Partizipative Landesgesetzgebung in Baden-Württemberg ..... 275

ANDREAS KALINA

Europa nach dem Brexit-Blues. Das Demokratiedilemma der EU:  
Volksabstimmungen als Ausweg? ..... 303

UWE WAGSCHAL / THOMAS METZ / THOMAS WALDVOGEL / BERND

BECKER / LINUS FEITEN / SAMUEL WEISHAUPT  
Das »Debat-O-Meter« als neues Tool in der E-Partizipation ..... 341

### V. Auf dem Weg zur »Postdemokratie«?

ULRICH VON ALEMANN

Postdemokratie als Papiertiger. Die Konjunktur eines inhaltsleeren  
Begriffs ..... 371

---

PETER SEYFERTH

Anarchismus ist die neue Demokratie. Vorschlag für die  
Neukonstituierung einer normativen politischen Theorie ..... 385

## **VI. Epilog: Herausforderungen für die politische Bildung**

ANDREAS KALINA / URSULA MÜNCH

Mobilisierung der Demokratie. Herausforderungen und  
Ansatzpunkte für die politische Bildung ..... 409

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren ..... 443





# Vorwort

Wo die Demokratie noch vor der Jahrtausendwende einen weltweiten Siegeszug zu erleben schien, steht sie heute massiv unter Druck: als real existierende Herrschaftsform, aber auch als theoretisches und normatives Konzept. Die über die Zeit gewachsene Distanz zwischen politischen Akteuren einerseits und Bürgern andererseits ist offensichtlich. Meinungsführer in Politik und Gesellschaft, in Medien, aber auch die vielfältigen Akteure des Bildungsbereichs vermögen es immer weniger, politische Realität mit Erwartungshaltungen und Deutungsmustern in Einklang zu bringen. Die Coronakrise verdeutlicht und beschleunigt diese Entwicklungen. Die Gründe sind vielfältig. Grundlegende Veränderungen in Staat und Gesellschaft offenbaren einen Zwiespalt zwischen individuellem Freiheitsbedürfnis und allgemeinen Sicherheitserwartungen: Denationalisierung politischer Entscheidungen, globale Herausforderungen vom Klimawandel über Umbrüche in den internationalen Beziehungen bis hin zu Pandemien, und neue Ungewissheiten infolge des demografischen Wandels und der digitalen Transformation verunsichern Teile der Bevölkerung und lassen Verlustängste wachsen. Umgekehrt zeigen sich viele Bürger von der (vermeintlichen) Verzagtheit der politischen Eliten enttäuscht. Das Betriebssystem der liberalen Demokratie wirkt nachhaltig gestört.

Über diesen grundlegenden, mitunter krisenhaft anmutenden Wandel der Demokratie, über seine Ursachen und Katalysatoren, aber auch über mögliche Reformoptionen und Zukunftsperspektiven diskutierten Experten aus Wissenschaft und Journalismus im Oktober 2016 in der Tutzingen Call-for-Paper-Konferenz *Demokratie revisited. Theorien – Befunde – Perspektiven*. Die Beiträge, die sich mit den Entwicklungen der Demokratie in ihren theoretischen wie praktischen Bezügen auseinandergesetzt haben, sind – vielfach aktualisiert und erweitert – Dreh- und Angelpunkt des vorliegenden Bandes. Dabei wirken die Befunde in der heutigen Zeit der Corona-Pandemie wie unter einem Brennglas. Der Band ist damit, auch wenn sich seine Fertigstellung zum Leidwesen der Autoren und Herausgeber ungebührend lange gezogen

hat, aktueller denn je. Zum einen sind die analysierten Herausforderungen und Krisenerscheinungen heute brisanter und drängender. Zum anderen sind sie aber auch wahrnehmbarer geworden – und darin liegt vielleicht eine neue Chance: Nämlich, dass die Diagnosen, ebenso wie die thematisierten Reformansätze, auch jenseits des fachwissenschaftlichen Diskurses sowohl in der interessierten Öffentlichkeit als auch bei den Verantwortlichen in Staat, Gesellschaft und Bildungssektor auf Resonanz stoßen. Möge der Band insofern zum Nachdenken, möglicherweise zum Widerspruch und vor allem zum Weiterdenken anregen. Davon – und damit von uns allen – hängt auch zukünftig die Qualität unserer pluralistischen gesellschaftlichen Ordnung ab.

Unser ganz herzlicher Dank gilt den Referentinnen und Referenten der Konferenz: dafür, dass sie diese mit ihrer Expertise bereichert haben, und ganz besonders dafür, dass sie ihre damaligen Vorträge überarbeitet, aktualisiert und für diese Publikation bereitgestellt haben. Wertvolle Dienste bei der Manuskripterstellung haben mehrere Generationen wissenschaftlicher Praktikanten an der Akademie für Politische Bildung geleistet. Ihnen gebührt – hier namenlos – ebenso großer Dank wie dem Publikationsreferenten der Akademie, Dr. Thomas Schölderle, der die Entstehung des Bandes mit der ihm eigenen Sorgfalt redaktionell begleitet hat.

*Prof. Dr. Ursula Münch*  
*Dr. Andreas Kalina*

Tutzing, im Sommer 2020

## **I. Krise der Demokratie?**



## **Die Krisen und der Populismus**

Wie belastbar ist die liberale Demokratie?

### **1. Einleitung**

Die Demokratien, wie wir sie kennen, sind unter Druck geraten.<sup>1</sup> Die einen befürchten, Demokratien könnten schleichend einen Prozess des Niedergangs, gar eines langsamen Todes durchlaufen, andere diagnostizieren einen Verfall, an dessen Ende die autoritäre oder autokratische Transformation steht.<sup>2</sup> Auf jeden Fall, und daran gibt es wohl kaum einen Zweifel, scheint für die liberale, repräsentative Demokratie, die die Herrschaft des Volkes mit dem Schutz der Grund- und Menschenrechte zu vereinbaren weiß, eine Zeit besonderer Herausforderungen angebrochen zu sein. Von der Euphorie der 1990er-Jahre, in der mit dem Zusammenbruch realsozialistischer Regime das goldene und alternativlose Zeitalter liberaler Demokratie erwartet wurde, ist wenig übriggeblieben. Im Gegenteil, mit der Rede von der »illiberalen Demokratie«<sup>3</sup> ist ein Projekt entstanden, mit dem bekämpft wird, was der konstitutionellen Demokratie in den letzten Jahrzehnten heilig war: die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Justiz, die Freiheit von Presse und Meinungsäußerung. Und empirische Befunde deuten bereits darauf hin, dass die Zahl der liberalen Demokratien in Europa und der Welt rückläufig ist, nachdem sie infolge des Zusammenbruchs sozialistischer Systeme stark zugenommen hatte.<sup>4</sup>

Zum einen ist der rasante Aufstieg des Populismus in Europa und den USA Zeichen dieser grundlegenden Erschütterung der demokratischen Systeme. Populismen sind nicht per se schlecht, sie zeigen an, dass etwas

---

1 Dieser Essay beruht auf Überlegungen, die an verschiedenen Stellen bereits publiziert worden sind und hier wieder – zum Teil wörtlich, zum Teil aktualisierend und erweiternd – aufgenommen werden (vgl. Vorländer 2016, Vorländer 2019a, Vorländer 2019b, Vorländer 2019c).

2 Vgl. unter anderem Krätev 2017, Mounk 2018, Levitsky/Ziblatt 2018, Zielonka 2018.

3 Orbán 2014.

4 Vgl. Freedom House 2019, Varieties of Democracy Institute 2020.

schiefläuft.<sup>5</sup> Doch scheint das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten aus der Balance geraten zu sein, wenn es Bewegungen und Politikern gelingt, mit Slogans wie »Wir sind das Volk« gegen »Elite« und »Establishment« Stimmung zu machen und die politischen Verhältnisse auf den Kopf zu stellen.<sup>6</sup> Aber so sehr Populismen Symptome einer Krise sind, so sehr verschärfen sie sie auch – und das in mehreren Hinsichten: Sie spalten Gesellschaften, sie grenzen aus, sie machen Front gegen Institutionen, die die behauptete Einheit von populistischem Führer und Volk infrage stellen. Sie wollen »direkt«, also unmittelbar, ohne vermittelnde Instanzen regieren, administrieren, kommunizieren – am besten mit Dekreten und Twitter-Botschaften.<sup>7</sup> Auf der Strecke bleiben Parlamente, Gerichte, Presse, kritische Bürger. Die plebiszitäre Führungsdemokratie, die sich auf das Volk beruft, aber darunter nur eine homogene, akklamierende Masse versteht, zerstört freiheitliche Demokratien, weil sie dem Autoritarismus, der Autokratie und in letzter Konsequenz auch dem Totalitarismus Tür und Tor öffnet.

Der Migrationskrise vom Herbst 2015 scheint hier eine besondere Bedeutung eingenommen zu haben. Es war ein Signalereignis, von Beobachtern auch Europas »9/11 Moment« genannt.<sup>8</sup> Vergleichbar dem Angriff auf die Zwillingtürme des World Trade Center, so das Argument, habe der Zug der Flüchtlinge durch Mitteleuropa und ihre Aufnahme in Deutschland erst die Verunsicherungen in den Gesellschaften bewirkt, die Spaltung Europas vertieft und die Populismen befeuert. Nun sind Brexit und der Sieg Trumps in den USA nicht direkt mit den Ereignissen vom September 2015 zu erklären, wenngleich sie von ihren Wortführern diesbezüglich instrumentalisiert worden sind; auch hatten rechtspopulistische Parteien bereits zuvor erhebliche Erfolge zu verzeichnen, in den Niederlanden, in Frankreich, in Skandinavien, in Österreich. Und auch in Deutschland begann der Aufstieg der »Alternative für Deutschland« (AfD) viel früher, nämlich mit der Eurokrise. Schließlich war auch Pegida in Sachsen ein Jahr zuvor entstanden.<sup>9</sup> Aber ganz ohne Frage wirkte der Herbst 2015 wie ein Katalysator; er machte Polarisierungen in den europäischen Gesellschaften und zwischen den europäischen Staaten möglich, weil politische Gruppen glaubten, nunmehr das »Abendland« gegen seine vermeintliche »Islamisierung« verteidigen zu müssen. Dem Identitätspopulismus gelang es, jene verunsicherten, sich nicht gehört und

---

5 Vgl. Vorländer 2011a.

6 Vgl. Vorländer 2016.

7 Vgl. Strohschneider 2018.

8 Vgl. etwa Krästev 2017: 25.

9 Vgl. Vorländer/Herold/Schäller 2016, Vorländer/Herold/Schäller 2018.

repräsentiert fühlenden und ökonomisch abgehängten Bevölkerungsgruppen zu mobilisieren.<sup>10</sup> Über die »Kulturalisierung« des Konfliktes vertieften sich Gräben in den Gesellschaften und gelang es politischen Akteuren, eine breite Unterstützung – zum Teil quer durch alle Schichten – zu mobilisieren.<sup>11</sup> Migration wurde das Thema, mit dem die Renationalisierung der Politik und die Renaissance der Ost-West-Spaltung in Europa betrieben werden konnte.<sup>12</sup>

Die Corona-Pandemie des Jahres 2020 stellte die Demokratien zunächst ganz anders unter Druck, sie forderte, als Stunde der Exekutive, vor allem die entschiedene Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen in den existentiellen Fragen von Gesundheit und Krankheit, Leben und Tod heraus. Damit ist Corona ein Test für die Effektivität demokratischen Krisenhandelns geworden. Und hier sehen die Resultate prima facie bislang sehr unterschiedlich aus<sup>13</sup> – wobei das zwischen zentral- und einzelstaatlichen Handlungsebenen abgestimmte exekutive Handeln, wie es im deutschen föderalen Wettbewerbssystem zu beobachten war, anscheinend die besseren Ergebnisse für sich verbuchen konnte. Kurzfristig, so scheint es, lassen sich damit auch höhere Zustimmungswerte und Vertrauenswerte für die jeweils Regierenden und dann auch für demokratische Systeme erzielen.<sup>14</sup> Doch gilt dies keineswegs für alle Demokratien, vor allem auch dort nicht, wo die Pandemie in polarisierender Weise politisiert wurde. Auf jeden Fall sind mit dem sich in Krisenzeiten eindrücklich zurückmeldenden starken Staat aber auch demokratische Kosten verbunden, die sich in den sozialen Medien, aber auch auf den Straßen als Protest gegen die Einschränkungen von Mobilität, Freizügigkeit, Versammlungs- und ökonomischen Betätigungsrechten zum Ausdruck bringt. Die Schließung nationaler Grenzen und die Erklärung von Not- oder Ausnahmezuständen, wie sie vielfach in den Ländern Europas zur Pandemiebekämpfung verhängt wurden, ließen nicht nur in Teilen der Bevölkerung Befürchtungen autokratischer oder gar diktatorischer Aushebelung individueller und kollektiver Rechte sowie demokratisch-parlamentarischer Partizipation entstehen.<sup>15</sup> Dabei spielten auch Befürchtungen eine Rolle, die

---

10 Dass die Migrationskrise den Populismus nicht verursacht hat, jedoch als Katalysator, also als Verstärker, gewirkt hat, zeigen die Studien des Mercator Forums Demokratie und Migration (vgl. Mercator Forum Demokratie und Migration 2018, Mercator Forum Demokratie und Migration 2019).

11 Vgl. hier für Deutschland beispielsweise die Arbeiten von Lengfeld 2017.

12 So auch Krästev 2017: 54.

13 Vgl. hierzu die Analyse von Frey/Chen/Presidente 2020.

14 Vgl. hierzu die Studie der Bertelsmann Stiftung: Brand/Follmer/Unzicker 2020.

15 Die deutsche Bundeskanzlerin sprach in diesem Zusammenhang von Corona als einer »demokratischen Zumutung«.

bereits in der Zeit der Banken-, Finanz- und Eurokrise entstanden waren, und die mit der Herrschaft der Experten, hier jetzt der Virologen, den Sieg des technokratischen Nomos über die Normen demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse heraufziehen sahen. Und auch stellte sich das Muster populistischer Empörung wieder ein. Wie schon in der Migrationskrise des Herbstes 2015 wurde nun in sogenannten »Hygienedemonstrationen« behauptet, dass »die da oben« am Volk vorbei regierten, ja, dass sie von fremden Mächten oder den Interessen reicher Männer gelenkt wären.

Hybride Proteste, wie sie von den unterschiedlichsten Gruppen, von Verschwörungstheoretikern, Impfgegnern, Esoterikern, Rechtsextremisten, Hooligans, Kampfsportlern, Preppern und Reichsbürgern auf der Stuttgarter Wasn, dem Münchener Marienplatz oder der Straße des 17. Juni in Berlin organisiert und dabei von Veganköchen, Rappern, Hiphoppern, Youtubern und IT-Unternehmern angeleitet wurden, entfesseln dabei ein schon von der Dresdner Pegida-Bewegung her bekanntes Momentum von kollektiver Erregung und Empörung. Dabei wirken vor allem extremistische Gruppen und Verschwörungstheoretiker wie Brandstifter, die mit der Pandemie und ihrer Bekämpfung verbundenen Sorgen und Ängste ausnutzen, um das demokratische System in Misskredit zu bringen. Mit der Berufung auf ein vermeintliches Widerstandsrecht wird ein Klima der Polarisierung erzeugt, das Aggressivität eskalieren und Gewalttaten legitimieren lässt. Ziel ist die Zerstörung der liberalen und repräsentativen Demokratie.

## **2. Repräsentative Demokratien sind robuste Systeme – mit einer Bruchstelle**

Nun sind repräsentative Demokratien zunächst einmal relativ robuste politische Systeme, die gelernt haben, mit Herausforderungen umzugehen. Sie haben sich historisch infolge der Revolutionen des 18. Jahrhunderts herausgebildet und basieren auf vermittelnden, stellvertretenden Formen der Entscheidungsbildung. Ein ausgeklügeltes institutionelles Arrangement politischer Ordnung hat den Willensbildungs- und Entscheidungsprozess auf verschiedenen Ebenen organisiert und dabei weniger die direkte Beteiligung der Bürger – jenseits von Wahlen – als vielmehr die stellvertretende Erledigung von Entscheidungs- und Kontrollaufgaben präferiert. Ein komplexes System wechselseitig aufeinander einwirkender Institutionen sucht der Demokratie Stabilität, Legitimität und Effizienz zu geben. Die repräsentative Demokratie war historisch auch die Antwort auf die Frage,



wie bürgerschaftliche Selbstregierung und effizientes politisches Willensbildungs- und Entscheidungssystem unter den veränderten Bedingungen der Moderne demokratisch verfasst werden kann.

Gegenüber den aus der Antike, dem oberitalienischen Stadtrepublikanismus und der schweizerischen Eidgenossenschaft bekannten – überwiegend direkten – Formen demokratischer Selbstregierung beruht die moderne Demokratie auf ganz anderen sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen, die sich nicht zuletzt durch ihre flächenstaatliche Ausdehnung und die große Zahl ihrer Bürger ergeben. Der Umbruch erfolgte paradigmatisch in der Mitte des 18. Jahrhunderts und zeigte sich exemplarisch in zwei Denkschulen. Hatte noch der Genfer Philosoph Jean-Jacques Rousseau Mitte des 18. Jahrhunderts von der Erforderlichkeit weitgehender sozioökonomischer Gleichheit, einer Gleichgerichtetheit der Meinungen und öffentlichen Ansichten sowie der Tugendhaftigkeit des Bürgers als den entscheidenden Voraussetzungen einer starken Demokratie gesprochen,<sup>16</sup> bestritten die Schöpfer der amerikanischen Verfassung von 1787 das Vorhandensein dieser Annahmen, sahen hingegen in Ungleichheit, Gruppenbildungen und einer Pluralität von Interessen die Kennzeichen der modernen, kommerziellen Gesellschaft und folgerten daraus den strukturellen Umbau des alten, antiken Systems »reiner Demokratie«.<sup>17</sup> Thomas Paine, der aus England stammende Revolutionär in Nordamerika, brachte es in seiner viel gelesenen Schrift *Rights of Man* von 1791/92 auf einen einfachen Nenner:

»Simple democracy was society governing itself without the aid of secondary means. By engrafting representation upon democracy, we arrive at a system of government capable of embracing and confederating all the various interests and every extent of territory and population«.<sup>18</sup>

Auch schien die repräsentative Demokratie ein Instrument zu sein, die Leidenschaften der Massen zu zähmen. Durch die Institution der Stellvertretung sollten die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse rationaler, nicht rein emotional und unter dem Druck der öffentlichen Meinung, vonstattengehen. John Stuart Mill und Alexis de Tocqueville, beides liberale Denker der Mitte des 19. Jahrhunderts, zeigten sich besorgt über eine mögliche »Tyrannei der Mehrheit«, die aus dem Konformitätsdruck der öffentlichen Meinung zu entstehen und in einer neuen Form der Willkür-

---

16 Vgl. Rousseau 1977.

17 Vgl. Hamilton/Madison/Jay 1961.

18 Paine 1984: 180.

herrschaft zu enden drohte.<sup>19</sup> Die repräsentative Demokratie schien hier am ehesten in der Lage zu sein, Emotionen und Leidenschaften, Meinungen und Stimmungen ihrer unmittelbaren Durchschlagskraft zu berauben und durch Mechanismen institutioneller Filterung entschärfen zu können. Gerade weil die repräsentative Demokratie ihre Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse im Widerspiel unterschiedlicher Institutionen, also mit den Mitteln der Kontrolle und Verschränkung der Gewalten von Legislative, Exekutive und Judikative, organisierte, ließen sich die verschiedenen Affekte durch Affekte hemmen, politischer Ehrgeiz konnte durch Ehrgeiz selber balanciert werden. Die repräsentative Demokratie war somit zu einem Modell politischer Ordnung geworden, welches in ihrer repräsentativen Verfassung das – schon aus der Antike bekannte und immer wieder als Schwäche der Demokratie identifizierte – Problem emotionalisierter Massen und stimmungsanfälliger Meinungen zu neutralisieren versuchte.

### 3. Die Schwachstelle der repräsentativen Demokratie

In der repräsentativen Demokratie kommt es indes entscheidend auf das Verhältnis von Repräsentierten und Repräsentanten, von politischem Entscheidungssystem und gesellschaftlicher Lebenswelt an. Denn die Stärke der repräsentativen Demokratie ist zugleich auch ihre Schwäche: Das politische Entscheidungssystem droht sich von den Bürgern, ihren Interessen, Vorstellungen und Emotionen zu entfernen. Wo eine Kluft zwischen dem Volk und seinen Repräsentanten entsteht, verliert das System der Demokratie seine Legitimität. Deshalb ist die Verkoppelung der beiden Ebenen von so entscheidender Bedeutung. In manchen Ländern werden repräsentative Formen mit direktdemokratischen Elementen, Referenden, Befragungen, Volksentscheiden gemischt. Die Bundesrepublik Deutschland war hier nach 1949 sehr zurückhaltend, glaubten die Väter und Mütter des Grundgesetzes (nicht immer zutreffende) Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Verfassung zu ziehen und richteten deshalb ein stark repräsentatives System ein, ohne direkte Entscheidungsbefugnisse der Bürger auf Bundesebene vorzusehen. In den Ländern und Kommunen indes gab und gibt es vielfältige, nach 1990 noch einmal erweiterte direktdemokratische Beteiligungsverfahren.

Eine andere Arena der Verkoppelung von demokratischem Entscheidungssystem und demokratischer Lebenswelt konstituiert sich durch die individuellen und politischen Grund- und Kommunikationsrechte. Der Schutz von

---

19 Vgl. Mill 2009, Mill 1971, Tocqueville 1984.

Meinungs- und Pressefreiheit, das Versammlungsrecht, das Recht, Vereine und Parteien zu gründen, erlauben es, einen intermediären Raum sozialer und politischer Institutionen auszubilden, in dem die Zivilgesellschaft agiert und das politische System – auch weit über Wahlen hinaus – in vielfältigen Formen zu adressieren und zu beeinflussen versteht.

Die Öffentlichkeit ist hier das wichtigste Medium, in dem die Vermittlung beider Ebenen gelingen – aber auch scheitern kann. Hier werden Interessen und Vorstellungen artikuliert, aggregiert, gefiltert und in das politische Entscheidungssystem eingespeist. Der Meinungsstreit, der Austrag von Konflikten erzeugt und konstituiert Resonanzräume der über sich selbst bestimmenden Gesellschaft und erzeugt Perspektiven der Verallgemeinerbarkeit, zumindest aber der Zustimmungsfähigkeit von politischen Entscheidungen. Weil zudem moderne Gesellschaften angesichts ihrer nicht hintergehbaren Pluralität von Werten, der Vielheit von Interessen und der Unterschiedlichkeit von individuellen Lebensentwürfen und politischen Vorstellungen nicht (mehr) über vorgängige Ressourcen gesellschaftlichen Zusammenhaltes verfügen, die Bindekräfte von Religion, Tradition und geteilten Lebensweisen also abnehmen, kann sich in den Räumen der Öffentlichkeit auch erst so etwas wie Gemeinsinn, also der individuelle Sinn für das Gemeinsame und der gemeinsame Sinn der Individuen, unter den Mitgliedern einer politischen Gesellschaft herstellen. Vielfach ist dieser dann das Ergebnis komplexer, auch konfliktreicher Aushandlungsprozesse und eingeübter gesellschaftlicher Kooperationspraktiken. Letztere entspringen, wie Alexis de Tocqueville 1835/1840 schon in seiner Analyse der ersten Massendemokratie, den Vereinigten Staaten von Amerika, feststellte, dem Handeln von Bürgern, die zwar ihre – wohlverstandenen – Eigeninteressen wahrnehmen, sie aber mit ihren Mitbürgern zu einem Ausgleich zu bringen in der Lage sind und auf diese Weise soziales Kapital wechselseitigen Vertrauens und Zusammenarbeit aufbauen. Ohne Austausch von Meinungen, Abgleich von Interessen, Regulierung von Konflikten, ohne zivile Formen bürgerschaftlicher Kooperation, kurzum ohne Vertrauen und Zusammenarbeit kommt letztlich auch eine repräsentative Demokratie nicht aus. Tatsächlich haben viele soziale Formen und Institutionen sowohl gesellschaftlichen Zusammenhalt verbürgt wie auch eine wichtige Rolle bei der Transmission von Interessen und Bedarfen der Gesellschaft in den politischen Raum gespielt. Allerdings hat das Scheitern der demokratischen Regime im 20. Jahrhundert auch gezeigt, wie prekär gesellschaftlicher Zusammenhalt ist und wie leicht Spaltung und Polarisierung einer Gesellschaft der Demokratie die notwendige Legitimität zu entziehen in der Lage sind.

#### 4. Der Populismus in der Bruchstelle der repräsentativen Demokratie

Nun aber scheint die repräsentative Demokratie in eine Situation geraten zu sein, in der genau die Funktionsbedingungen bedroht sind, die für eine Ordnung der politischen Stellvertretung konstitutiv sind: Das Verhältnis zwischen dem Bürger und der institutionalisierten Politik ist gestört. Vor allem wird ihre Bruchstelle deutlich: Das System der Stellvertretung von Willens- und Entscheidungsbildung scheint sich weitgehend verselbständigt, den Kontakt zu den Vertretenen verloren zu haben. In der Wahrnehmung vieler Bürger hat sich eine »gefühlte« Distanz zu den Repräsentanten herausgebildet, politische Entfremdung wächst, die Unzufriedenheit in und mit der Demokratie ebenfalls. In die Bruchstelle strömen Protestbewegungen ein. Gewiss sind nicht alle Protestbewegungen der letzten Jahre als populistisch zu bezeichnen. Vielfach, so bei den Protesten von »Stuttgart 21«, die sich gegen die unterirdische Verlegung des Hauptbahnhofes in der baden-württembergischen Hauptstadt richteten, oder bei der von der Klimaaktivistin Greta Thunberg initiierten Bewegung »Fridays for Future«, die die Untätigkeit von Regierungen angesichts des bedrohlichen Klimawandels anprangern, geht es um konkrete Projekte oder Defizite, keineswegs aber um eine grundlegende Infragestellung des repräsentativ-demokratischen Systems. Das aber ist bei populistischen Strömungen der Fall.

So ließ sich beispielsweise die seit 2014/2015 aufsehenerregende Bewegung der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) als eine rechtspopulistische Empörungsbewegung beschreiben, die neben Islamkritik, Fremdenfeindlichkeit und Widerstand gegen die Flüchtlingszuwanderung alle Arten von Enttäuschung und Frustration als Schmähungen »der Politik«, »der Politiker« und »der Medien« öffentlich in Szene setzt.<sup>20</sup> In den Parolen von »Lügenpresse« und »Volksverräter« einerseits und »Wir sind das Volk« andererseits spiegelt sich eine grundlegende politische Entfremdung zwischen der eigenen Lebenswelt und der politisch-medialen Ebene wider. Zum einen fühlt man sich in der medial vermittelten Diskussionskultur nicht heimisch und empfindet ihre politischen Institutionen nicht als die »eigenen«, sondern als Instrumente einer »Scheindemokratie«. Die Repräsentanten und Entscheidungsfindungsprozesse dieses »Systems« gelten wahlweise als »verkrustet«, »verblendet« oder »korrupt«. Zum anderen wird nach mehr direkter Demokratie gerufen, in der

20 Vgl. Vorländer/Herold/Schäller 2016, Vorländer/Herold/Schäller 2018.

der »einfache Bürger« das Sagen hat und Politiker als schwache, abhängige und unmittelbare Rechenschaft schuldige »Angestellte des Volkswillens« agieren. Dieses vulgärdemokratische Verständnis leugnet die Komplexität, Zeitintensität und Kompromissbedürftigkeit politischer Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse und sieht die Remedur im plebiszitären Stil der Unmittelbarkeit, der Durchsetzung des »unverfälschten« Volkswillens. Es identifiziert folglich das gewählte Anforderungsprofil an gewählte Verantwortungsträger mit dem simplen Schema von »unten« und »oben«, von »wir fragen und bestellen« – »ihr antwortet und liefert«. Politische Prozesse werden nach den strikten Dualismen von »richtig oder falsch«, »Ursache und Wirkung« oder »Problem und Lösung« bewertet. »Und wer nicht liefert, wird entlassen«, so formulierte ein Anhänger von Pegida. Ein Volk kündigt seinen Repräsentanten.

Populismus ist zwar keine Erfindung gegenwärtiger Gesellschaften. Frühe Formen eines agrarischen Populismus gehen zurück auf die russische intellektuelle Bewegung der Narodniki in der Zeit des 19. Jahrhunderts, zugleich war auch die Bewegung der Agrarier in Nordamerika, die sich in der People's Party vereinte, ein populistisches Phänomen. Die lateinamerikanischen Varianten blühten vor allem in den 1940er- und 1950er-Jahren und wurden mit den autoritären Regimen von Juan Perón in Argentinien und Getúlio Vargas in Brasilien verbunden. Obwohl sich als Folge der Euro- und Finanzkrise in Griechenland, Spanien und Portugal Bewegungen und Parteien herausgebildet hatten, die sich eher dem linken politischen Spektrum zurechnen lassen und zugleich als populistisch charakterisiert werden können, ist Populismus in Europa in den letzten Jahren jedoch mehr und mehr mit rechten Gruppierungen und Parteien in Verbindung zu bringen. Einige von ihnen sind offen antidemokratisch, andere haben sich eine Fassade bürgerlicher Rhetorik zugelegt. Einige rechte Parteien positionieren sich als Anti-Migranten- und zunehmend auch als Anti-Islam-Parteien, viele inszenieren sich als Protestparteien und können einen Anteil des Elektorates auf sich vereinigen. Die meisten dieser Parteien, beispielsweise die FPÖ Österreichs, die Lega Italiens, die Liste Pim Fortuyn, die von Geert Wilders geführte Partij voor de Vrijheid in den Niederlanden, der Front, jetzt das Rassemblement National in Frankreich, die neuen skandinavischen Populisten oder Ungarns Fidesz besaßen oder besitzen charismatische Führer, die die Anhängerschaft zu mobilisieren und hinter der jeweiligen Partei zu integrieren verstanden beziehungsweise verstehen. Zugleich spricht der Populismus der neuen Rechten xenophobe, rassistische oder nationalistische Einstellungen an und stützt sich auf Themen wie Migration, Steuern oder Kriminalität. Zuletzt zeigte sich der Populismus auch erfolgreich, er griff nach der Macht und eroberte sie, in

Lateinamerika sowieso, dann aber auch in Nordamerika, in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Ungarn und zuletzt in Tschechien. In Italien regierte eine Zeitlang eine pan-populistische Koalition aus Lega und Cinque Stelle. In Österreich war die FPÖ zweimal an der nationalen Regierung beteiligt. Im Vereinigten Königreich verstanden es die Populisten, und zwar nicht nur die von UKIP, die Wähler zum Brexit zu mobilisieren. In Westeuropa konnten zwar Machtübernahmen verhindert, auch weitere elektorale Terraingewinne – in den Niederlanden und in Frankreich – gestoppt werden, wenngleich für Deutschland der Aufstieg der AfD in den Parlamenten zu verzeichnen war. Aber in Mittel- und Osteuropa verfolgen Populisten, die sich an der Regierung befinden, mit beharrlicher Konsequenz ein Demokratiekonzept, welches der ungarische Regierungschef Viktor Orbán »illiberale Demokratie« genannt hat<sup>21</sup> und das ein Gegenmodell zum westlichen, pluralistischen und konstitutionell-gewaltenteiligen Verständnis darstellt.

## 5. Populismen als Ausdruck demokratischer Repräsentationsdefizite?

Nun könnte argumentiert werden, dass populistische Bewegungen gerade das Symptom einer Krise des repräsentativen Systems sind, in dem die Interessen und Bedürfnisse der »einfachen Bürger« nicht mehr gehört und vertreten werden und deshalb von ihnen eine heilsame Korrekturwirkung ausgeht. Doch ist diese Annahme nur bedingt richtig.

Populismus und Demokratie enthalten zwar beide eine zentrale Referenz zum Begriff des Volkes.<sup>22</sup> Das macht das Verhältnis beider problematisch. Populismus könnte so gelesen werden, als verwirkliche sich in ihm erst die Demokratie. Diese beruht bekanntlich auf der Souveränität des Volkes. Populismus kann also eine Herausforderung an die Demokratie sein, ihr eigenes Versprechen einzulösen. Anders, und geläufiger, ist die Vermutung, dass der Populismus die Demokratie in ihrem Kern gefährdet und letztlich auch zerstört. Populismus ist hier die pathologische Seite der Demokratie. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass Populismus für eine Hydra gehalten wird, die in unterschiedlichen Kontexten ihr immer neues Haupt bedrohlich erhebt und deshalb der Demokratie wie ein Schatten immerzu folgt.

Populistische Einstellungen und Bewegungen scheinen in demokratischen Systemen bevorzugt dann zu entstehen, wenn die Balance zwischen den bei-

---

21 Orbán 2014

22 Vgl. hierzu mit weiteren Nachweisen Vorländer 2011a.

den Pfeilern, den Repräsentanten und den Repräsentierten, »den Politikern« und »dem Volk« verloren gegangen ist. Das Gefühl, dass das Spannungsverhältnis sich einseitig zugunsten der repräsentativen Institutionen verschoben hat, und die Vermutung, dass Repräsentanten in einer wachsenden Distanz zu den Repräsentierten agieren könnten, lassen populistische Reaktionsmuster erwachsen, die mit Rekurs auf die »Stimme des Volkes« oder des »einfachen Bürgers« die Restitution der demokratischen Komponente, vor allem ihres unmittelbaren, nicht durch Institutionen und Repräsentanten mediatisierten Ausdrucks einfordern.

Wenn es so ist, dass populistische Einstellungen und Bewegungen dann entstehen, wenn die repräsentative Demokratie ihre Balance zwischen den beiden Pfeilern, der Demokratie als Entscheidungssystem und der Demokratie als Lebensform verloren hat, dann könnte in der Tat das Argument des Repräsentationsdefizits verfangen, also der mangelnden oder völlig unzureichenden Vertretung von Teilen der Bevölkerung in den Institutionen und Kanälen öffentlich sichtbarer Willens- und Entscheidungsbildung, in Parteien, Parlamenten und Medien. Die sich abgehängt, ausgeschlossen oder unzureichend gehört Fühlenden sind dann das Segment, welches von politischen Unternehmern mit den Modi Operandi des Populismus eingefangen und mobilisiert werden, um gegen die Erstarrung der Demokratie, gegen Ausschluss und Benachteiligung aufzustehen.

Donald Trump und Nigel Farage machten sich – mit beträchtlichem Erfolg – zu den Sprechern von sozioökonomisch benachteiligten oder kulturell dominiert fühlenden Bevölkerungsgruppen. Marine Le Pen wie zuvor schon ihrem Vater war es lange Zeit gelungen, aus den sozialen, kulturellen und religiösen Spannungen, die nicht zuletzt aus der Zuwanderung von Angehörigen frankofoner Maghreb-Staaten, ehemaligen Kolonialgebieten, erwachsen, eine nationale Front des Widerstands zu schmieden. Pegida gab (auch) dem schwelenden Ressentiment eines sich seit der Vereinigung von 1990 zurückgesetzt fühlenden Teils Sachsens eine Stimme, wie es der AfD gelang, die in weiten Teilen Deutschlands verbreiteten, aber öffentlich nicht abgebildeten Ängste vor dem Verlust der Kontrolle über Migrationsströme in Wählerstimmen umzusetzen. Alle diese Bewegungen, so scheint es, brachten etwas zum Vorschein, was zwar latent vorhanden, aber nicht sichtbar gewesen war. Populisten traten in das Rampenlicht und sammelten die Unzufriedenen, nicht öffentlich Repräsentierten ein, gaben ihnen eine Stimme, klagten die vermeintliche Korruptheit der Elite an, bezichtigten die Politiker des Verrates und ließen die Empörung als »Wille des Volkes« erscheinen.

Es lässt sich nicht bestreiten, dass die zeitgenössischen rechtspopulistischen Bewegungen Konfliktlinien der Gegenwart markieren, die zur Spaltung westlicher Gesellschaften und zu Verwerfungen innerhalb der europäischen und transatlantischen Gemeinschaft geführt haben. Man kann diese Cleavages als kulturelle und/oder als sozioökonomische interpretieren, als Kampf um kulturelle Identitäten, wo sich ethnozentrische und kosmopolitische Einstellungen und Gruppen gegenüberstehen oder als sozioökonomische, wo, verkürzt gesagt, Globalisierungsgewinner und Globalisierungsverlierer aufeinandertreffen.<sup>23</sup> Die Globalisierung hat zwar zu einer rasanten Entwicklung von Volkswirtschaften der sogenannten Schwellenländer beigetragen, in den Gesellschaften des Westens sind aber erhebliche Asymmetrien zwischen Stadt und Land, Gewinnern und Verlierern, entstanden. Die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen stellt ein riesiges Problem der Verunsicherung und der Status-quo-Ängste, auch des relativen Abstiegs von Bevölkerungsgruppen dar.<sup>24</sup> Der globalisierte Finanzkapitalismus erzeugt kaum zu rechtfertigende Vermögensdisparitäten. In den Ländern Mittel- und Osteuropas ist es zu einer dramatischen Abwanderungsbewegung von Arbeitskräften gekommen.<sup>25</sup>

Zumeist vermögen es die Populisten, kulturelle mit sozialen und ökonomischen Befindlichkeiten sowie antieuropäische mit nationalistisch-identitären Sentiments zu verschweißen und so das Maximum an politischem Momentum zu erzeugen. Als demokratisch »gut« könnten sich diese Populismen allenfalls von ihren Effekten her beschreiben lassen, nämlich dann, wenn sie als Seismografen von Defiziten des Repräsentationssystems ernst genommen werden und die anderen, demokratischen Kräfte darauf zu reagieren wissen. Dann könnten Populismen als Sammelbecken des Protestes eine inklusive und transformative Funktion haben für eine Demokratie, die in ihrer Responsivität nachgelassen hat. Wenn Nichtwähler, die sich resigniert von

23 Zu den Diskussionen um Gründe, Konfliktlinien etc. vgl. etwa Eribon 2016, Hochschild 2016, Merkel 2017, Lilla 2017, Rodrik 2017. Schon früh diagnostiziert von Vorländer/Herold/Schäller 2016; siehe auch Merkel 2017, Norris/Inglehart 2018. David Goodheart (2017) hat die kulturelle Konfliktlinie pointiert in den Gegensatz von »Somewheres« und »Anywheres« gebracht: der Konflikt zwischen Globalisten, die aufgrund ihrer kulturellen und ökonomischen Expertisen überall zurechtkommen, und jenen, die regional stark verankert sind oder bleiben müssen. Eine kosmopolitische Klasse, meinungsstark, flexibel, gebildet, trifft auf diejenigen, die auf Anerkennung und Förderung ihrer partikularen Heimat(en) bestehen. Interessant, aber an dieser Stelle nicht weiter verfolgt wird die Frage, ob *der* Liberalismus der kosmopolitischen und intellektuellen Eliten, der sich mit einer umfassenden innergesellschaftlichen Liberalisierung westlicher Demokratien seit den 1968er-Jahren verband, nunmehr zu einer identitätspolitischen Revolte geführt hat. Vgl. die heftigen Auseinandersetzungen um Mark Lilla 2017; in diese Richtung auch Zielonka 2018.

24 Vgl. Nachtwey 2017.

25 Vgl. Krästev 2017.



den etablierten Parteien abgewendet haben, wieder in den politischen Prozess integriert werden, stellt dies einen Gewinn für das demokratische System dar. So wäre zu konzedieren, dass ein solcher – situativer, vorübergehender – Empörungspopulismus am Ende des Tages nicht notwendig eine Bedrohung für die Demokratie darstellen muss, sondern auch als Frischzellenkur wirken kann – vorausgesetzt, er hat nicht zuvor die Gräben in der Gesellschaft in antagonistischer Weise vertieft sowie institutionelle Grundstruktur und das Vertrauen in die Demokratie nachhaltig beschädigt.

Allerdings scheint das eine ohne das andere kaum möglich zu sein. Und das liegt an der besonderen Mobilisierungsstruktur des Populismus und seiner inhärenten Grundvorstellungen, die den Verfahren, Institutionen und Grundannahmen der repräsentativen Demokratie unvereinbar gegenübergestellt sind.

## 6. Der populistische Angriff auf die repräsentative Demokratie

Wenngleich sich politische Strömungen des Populismus in Inhalten, Strukturen und – historischen, kulturellen, und institutionellen – Rahmungen unterscheiden<sup>26</sup> und zutreffend eigentlich von Populismen zu sprechen wäre, lassen sich doch Gemeinsamkeiten erkennen, die als spezifische Strategien politischer Mobilisierung zu fassen sind und die sich (wieder-)erkennbarer Semantiken, symbolischer Verweisungen und politischer Konstruktionen bedienen.<sup>27</sup> Erstens rekurren alle Populismen semantisch explizit auf das »Volk« und/oder auf den »kleinen Mann«, manchmal auch schlicht auf den »einfachen Bürger«. Sie konstruieren ein Volk und bedienen sich dabei der Mechanismen von Inklusion und Exklusion. Deshalb konstituieren sich die Populismen, zweitens, mittels scharfer Leitdifferenzen, ihre Rhetorik strukturiert sich in Grundunterschieden: »wir« und »sie«, »oben« und »unten«, »innen« und »außen«; triadisch werden die Differenzsetzungen, wo sich ein Populismus der »Classes moyennes« gegen »oben« und »unten«<sup>28</sup> oder ein rechter Populismus gegen das Establishment und die Fremden abgrenzt.

26 Vgl. hierzu vor allem Taggart 2000, Mény/Surel 2002, Decker 2003, Decker 2005, Mudde/Kaltwasser 2012, Mudde/Kaltwasser 2017, Hartleb 2012, Torre 2015, Diehl 2016, Müller 2016, Jörke/Nachtwey 2017 und Kielmansegg 2017.

27 Vgl. hierzu Priester 2011, Vorländer 2011a.

28 Vor allem die Arbeiten von Karin Priester (2007) zeigen die doppelte Stoßrichtung des – modernen, zeitgenössischen – Populismus der Mittelklasse. Eine andere interessante Frage wäre, ob sich hierin auch der Unterschied zwischen einem »populisme des modernes« und einem »populisme des anciens« festmacht. Vgl. hier die Arbeiten von Guy Hermet (2001).

Drittens: Mit »sie«, »oben«, »unten« und »außen« werden kollektive Entitäten konstruiert, deren Funktion es ist, mittels Stereotypisierungen Sinn und Identität für die Institutionalisierung des eigenen »wir« zu stiften. Die Konstruktion der sozialen oder politischen Entität, zumeist als »das Volk« bezeichnet, korrespondiert mit dem – absichtlich hergestellten – Effekt der Exklusion, der Separierung des Anderen und der Differenz von »denen« und »uns«, von In-group und Out-group. Viertens arbeiten Populismen, wie schon angedeutet, mit Homogenitätsbehauptungen: Unterschiede sozialer, ökonomischer, kultureller oder politischer Art gehen in den Kollektivsingularen von »dem Volk« und »dem kleinen Mann«, von »wir«, »sie« und so weiter. Nach dieser Logik untergräbt Vielfalt den unverstellten Ausdruck des vermeintlich wahren Willens der Entität. Fünftens etablieren Populismen eine Mobilisierungsstruktur von politischer Unternehmerschaft, zumeist einer charismatischen Leitfigur, und einer Anhängerschaft, der Bewegung, von, zugespitzt formuliert, Führer und Gefolgschaft. Der Führer ist der Sprecher des homogen und exklusiv vorgestellten Willens des Volkes. Er oder sie ist das Medium, durch welches die Bewegung sich selbst erkennt, ihre Identität findet.

Zudem rekurren Populismen in ihren Mobilisierungsstrategien auf ein Set von Ideologemen, die den Grundsätzen moderner, liberaler Demokratie widersprechen. In Orbáns Rede von der »illiberalen Demokratie« wird ein Gegenbild zur offenen, pluralistischen, gewaltenteiligen Gesellschaft gezeichnet. Es basiert auf Vorstellungen, die sich als die drei Fantasmen von Unmittelbarkeit, Authentizität und Homogenität beschreiben lassen und deren imaginative Potenziale auf die Zerstörung der Institutionen, Prinzipien und Verfahren der modernen, repräsentativ verfassten und konstitutionell eingeehten Demokratie gerichtet sind.

Populismen misstrauen Einrichtungen, die eine gewisse institutionelle Autonomie und damit auch Widerständigkeit besitzen, wie Justiz, Verfassungsgerichten, Medien oder auch Zentralbanken. In ihnen wird in den Augen von Populisten und ihren Anhängern der Volkswille verfälscht. Genauso verhält es sich auch mit territorialen Aufteilungen von Macht, wie es sie in föderal organisierten Staaten gibt. Einher geht mit diesem Misstrauen gegenüber den Institutionen der liberalen und konstitutionellen Demokratie auch eine Beschneidung und bewusste Verwehrung der verfassungsmäßig garantierten Rechte von ethnischen, nationalen, kulturellen und religiösen Minderheiten. Diversität erscheint als Übel, weil sie den als unverbrüchliche Einheit vorgestellten Willen des Volkes bricht. Aushandlungsprozesse, Kompromissbildung, Deliberation erscheinen dann als Manöver von Ablenkung und Verschleierung und stören die Unmittelbarkeit der Beziehung zwischen

Führer und Volk. Kommuniziert wird ebenfalls unmittelbar, direkt zwischen Gefolgschaft und Führer – neuerdings und bevorzugt mittels Tweets –, regiert wird auf dem Weg des Dekretes – beides bevorzugte Führungsmittel des amerikanischen Präsidenten Trump. Das Prinzip der Unmittelbarkeit tritt damit an die Stelle der für die repräsentative Demokratie kennzeichnenden zivilgesellschaftlichen, intermediären Willens- und mediatisierten Entscheidungsbildungsprozesse. In der repräsentativen Demokratie werden politische Kompromisse ausgehandelt, und Balancen und Kontrollen zwischen den politischen Gewalten verhindern, dass Macht willkürlich ausgeübt wird. Populisten hingegen suchen all das zu umgehen, um den Willen des Volkes unmittelbar und direkt – in der Verkörperung und im Vollzug des Führers – wirksam werden zu lassen.

Der proklamierte Wille des Volkes ist auch der einzig legitime, und das deshalb, weil er für authentisch gehalten wird – und dies in einem doppelten Sinne: als Ausdruck einer sozialen Einheit und als Ausdruck eines bestimmten politischen Willens. Dabei wird die soziale Einheit zumeist als historisch tradierte und lokal oder regional verortete begriffen, als »Heimat« einer vermeintlich intakten Vergangenheit, die es zu erhalten oder wieder herzustellen gilt. Für authentisch wird der politische Wille auch gehalten, weil er dem Kollektivsingular Volk zugeschrieben und unverstellt im Medium des Führers verkörpert wird.

Populismen basieren im Kern auf der Illusion einer Einheit in sich selbst. Die Vorstellung einer homogenen Entität des politischen Gemeinwesens<sup>29</sup> besitzt den Vorzug, die Identität eines klar und eindeutig definierten politischen Kollektivs behaupten und gegen die Faktizität des anstrengenden und langwierigen demokratischen Prozesses in Stellung bringen zu können. Sie gebiert eine Logik, die die Idee der Differenz und des Anderen aus dem Vorstellungshaushalt der Demokratie eliminiert. Die Imaginationen von Einheit, Identität und politischer Gemeinschaft, im deutschen Kontext zumal historisch als »Volksgemeinschaft« semantisch kodiert, werden dann auch zur Schnittstelle zwischen Populismus und Totalitarismus.<sup>30</sup> Moderne Demokratien aber müssen darauf bestehen, dass die Pluralität von Werten und Interessen nur auf dem Wege notwendig konfliktiver Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu einem Ausgleich pro tempore gebracht werden kann. Die Demokratie basiert auf der Idee einer offenen Gesellschaft, die über die politische Ebene von Fall zu Fall integriert wird, während der

---

29 Vgl. Lefort 1991.

30 Die Berührungspunkte, aber auch die großen Unterschiede zwischen Faschismus und Populismus werden in überzeugender Weise herausgearbeitet von Finchelstein 2017.

Populismus auf der Imagination einer geschlossenen, homogenen kollektiven Einheit beruht, die historisch oder ethnisch begründet wird und im vermeintlich einheitlichen Volkswillen ihren unmittelbaren Ausdruck findet.

Aus der Warte der modernen, repräsentativen Demokratie ist den Populismen also nicht zu trauen. Ob sie »gut«, »schlecht« oder »hässlich« sind,<sup>31</sup> sie positive Effekte für eine Erneuerung und Befestigung der Demokratie erzeugen oder das demokratische Legitimationsgefüge erschüttern oder gar die autoritär-totalitäre Transformation einleiten, lässt sich meist erst post festum sagen. In welchem Stadium wir uns gegenwärtig befinden, lässt sich schwer diagnostizieren, wenngleich die Tendenz in vielen Staaten deutlich in Richtung einer (semi-)autoritären Überformung liberaldemokratischer Strukturen geht. In Westeuropa scheint die Flut der Populismen vorerst zumindest eingehegt worden zu sein. Und doch könnten auch hier die gegenwärtigen Metamorphosen westlicher Demokratien Anlass zur Vermutung geben, dass ein struktureller Populismus zum langen Schatten der repräsentativen Demokratie wird,<sup>32</sup> weil die zeitgenössischen demokratischen Systeme selber Entwicklungen erkennen lassen, die als schleichende populistische Transformation gedeutet werden können.<sup>33</sup>

## 7. Die gegenwärtigen Metamorphosen der repräsentativen Demokratie

Seit Jahren sind Entwicklungen beobachtbar, die als Störung des Vermittlungsprozesses diagnostiziert und teils als Krise, teils als grundlegende Veränderung der Demokratie beschrieben werden.<sup>34</sup> Zum einen sind fortschreitende Auflösungserscheinungen des politischen Vorfeldes, der sozialen Infrastruktur der Demokratie, zu verzeichnen. Parteien, Gewerkschaften, Stammtische und Vereine verlieren immer mehr ihren politisch bindenden, organisierenden, aber auch integrierenden Charakter. Damit verliert die Demokratie wichtige soziale, intermediäre, zwischen der politischen und der lebensweltlichen Ebene vermittelnde Institutionen. Zugleich nimmt die Bereitschaft zu einem verstetigten politischen Engagement ab, während Ad-hoc-Initiativen und anonyme Forenkommentare im Internet zu neuen Aktivitätsformen avancieren.

---

31 Vgl. Vorländer 2011a.

32 Vgl. Arditi 2003: 20.

33 Vgl. Vorländer 2011a, Vorländer 2013. Ähnlich auch Mair 2002, Decker 2003, Urbinati 2014.

34 Vgl. nur Vorländer 2013.

Zum anderen bewirken die neuen sozialen Medien eine grundlegende Transformation der Öffentlichkeit. War bislang der öffentliche Meinungs- und Willensbildungsprozess stark von den audiovisuellen und den Printmedien geprägt, so treten nun die Formen der Internetkommunikation in den Vordergrund. Diese operiert schneller und vermag anlassbezogen politische Artikulation und Protest zu organisieren und eruptive Aufwallungen politischer Stimmungslagen zu erzeugen. Wo Wut, Zorn und Aggression, Skandalisierung und Verschwörungstheorien das Meinungsbild bestimmen, scheint das digitale Zeitalter einen neuen politischen Typus, den der Empörungsdemokratie hervorzubringen. Die »vernetzten Vielen«<sup>35</sup> besitzen Macht, besitzen aber keine institutionelle Anbindung an das politische Entscheidungssystem. Sie setzen aber die repräsentativen Prozesse unter Zeit-, Reaktions-, Entscheidungs- und Legitimationsdruck. Auch können Milieus in ihren unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensstilen unvermittelter aufeinanderstoßen und sich in politisierten, aufgeheizten gesellschaftlichen Diskurslagen wechselseitig als Gegner identifizieren. Kämpfe um kulturelle Identitäten machen jedoch die Suche nach politischen Kompromisslösungen, das Alltagsgeschäft repräsentativer Demokratien, zunehmend schwieriger.

Damit vollzieht sich ein ähnlich tiefgreifender Wandel der Institutionen der verfassten Demokratie, die sich heute viel stärker an medialen Aufmerksamkeitsmomenten ausrichten (müssen) und versuchen, im Minutentakt, also in Echtzeit auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren. Das lässt schnelle und einsame Entscheidungen präferieren und führt zu einem präsidialen, bisweilen fast autokratisch anmutenden Führungsstil, der den zeitaufwendigen Beratungs- und Aushandlungslogiken repräsentativer Willens- und Entscheidungsbildungsprozessen ebenso widerspricht wie den Beteiligungsnotwendigkeiten demokratischer Gremien und Institutionen. Hinzu tritt eine weitere Komplexitätssteigerung des repräsentativen Systems durch seine Einbindung in supranationale Organisationen und internationale, globale Strukturen. Zahlreiche Spieler, Institutionen, Akteure und Interessengruppen sind in Prozessen der Aushandlung von Lösungen involviert, aber in der Regel unsichtbar für das demokratische Publikum. Solche Verhandlungssysteme können für die Beteiligten zu befriedenden, auch effektiven Ergebnissen führen. Aber sie benachteiligen, und zwar in struktureller Weise, solche Gruppen und Individuen, die nicht die Macht oder die Organisationsfähigkeit ihrer Interessen besitzen und deshalb kein Gehör finden. Insofern entsteht hier der Eindruck, dass Teilhabechancen verwehrt, Publizitätspflichten verletzt und die Kontrollierbarkeit von Entscheidungen

---

35 Vgl. Pörksen 2018.

nicht mehr gewährleistet sind. Elitendemokratie und populistische Revolten sind die zwei Seiten dieser Entwicklung.

Das hat natürlich auch damit zu tun, dass die Globalisierung die politischen Entscheidungsräume in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert hat. Die ökonomischen, technologischen und kommunikativen Prozesse haben sich immer weniger an die mehr oder minder künstlichen Grenzen von (National-)Staaten gehalten. Damit wachsen auch die Probleme und der politische Regelungsbedarf in den überstaatlichen Bereichen hinein. Nirgends ist das so sichtbar und spürbar wie in der Frage des Klimawandels. Und auch die Migrationsströme, die quasi die Kehrseite global vernetzter Ökonomien abbilden, machen Regelsysteme für einen transnationalen Raum notwendig, die auf Kooperation zwischen Regierungen angewiesen sind, aber vielfach auch mangels Willens oder gegenläufiger Interessen daran scheitern. Die ursprünglich territorial gebundene und begründete parlamentarisch-repräsentative Demokratie verliert an Substanz, während die Gestaltungsnotwendigkeit transnationaler Politik ohne direkte demokratische Legitimation anwächst. Der Bürger hat den Eindruck, dass das Spiel zwischen den Ebenen ohne ihn stattfindet.<sup>36</sup> Diese Diagnose ist nicht neu, aber die Euro-, Banken- und Verschuldungskrise wie auch die Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten haben diese Spannungslagen zwischen Transnationalisierung der Regulierung und nationalem Legitimationserfordernis dramatisch zugespitzt. Ob die Coronakrise nunmehr eine Phase der Renationalisierung einleitet, wie der nationalstaatliche Reflex der Schließung von Grenzen zur Abwehr der Pandemie zunächst nahelegen konnte, bleibt vorerst offen. Gleichwohl lassen sich auch Tendenzen wie den Austritt der USA aus internationalen Abkommen und Institutionen beobachten, die als Abkehr vom Multilateralismus und Versuch gedeutet werden müssen, dem Primat nationalstaatlicher Souveränität neue Geltung zu verschaffen.

Auswirkungen dieser strukturellen Veränderungen lassen sich bereits seit Längerem beobachten: Aus der Implosion der tradierten Parteienkonstellation in Italien, die sich in der Nachkriegszeit gebildet hatte, eine starke christlich-demokratische Säule auf der einen, eine ebenso starke sozialistisch-kommunistische Formation auf der anderen Seite, begründete in den 1990er-Jahren den Aufstieg Silvio Berlusconis und seiner Partei Forza Italia wie auch in letzter Zeit der eindeutig rechten und fremdenfeindlichen Lega (Nord) und der eher linkspopulistisch zu nennenden Sammlungsbewegung der Cinque Stelle unter der Führung von Beppe Grillo. Dass Lega und Cinque Stelle sich gar zeitweise zu einer pan-populistischen Regierung zusammenfanden,

---

36 Vgl. Vorländer 2011c.

zeigt, wie wurzel- und bedeutungslos frühere parteipolitische Richtungsprogrammatiken geworden sind. Die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreichs wiederum profitierte von der Versäulung des österreichischen Parteiensystems, welche sich in der Verstetigung einer großen Koalition von konservativer Österreichischer Volkspartei und Sozialistischer Partei Österreichs zum Ausdruck gebracht hatte. Eine nationale Mehrheitsposition der FPÖ wiederum konnte zuletzt nur verhindert werden, indem sich wiederum der Spitzenkandidat der ÖVP populistischer Strategien bediente und sich zur »Liste Kurz« erklärte und damit das Image eines jungen, scheinbar unverbrauchten Kandidaten, der sich demonstrativ von der alten Partei distanzierte, als Marke werbewirksam und erfolgreich zu inszenieren verstand. Schließlich fanden sich beide, Kurz und die FPÖ, in einer Regierung zusammen. Und in Frankreich konnte eine ganz neue Formation »En marche«, ganz explizit eine Bewegung, entstehen, die den erschöpften Links-Rechts-Parteien von sozialistisch-kommunistischer und gaullistisch-republikanischer Provenienz den ultimativen Todesstoß versetzte. Nicht von ungefähr bediente sich der – zweifellos europafreundliche und mutige Unterschiede markierende – »Macronisme« aus dem populistischen Werkzeugkasten, indem er es anfangs meisterhaft verstand, die Hyperpersonalisierung ihres charismatischen Erneuerers in einen bemerkenswerten politischen Erfolg umzumünzen. Diese Beobachtungen lassen die These einer grundlegenden populistischen Transformation der modernen, repräsentativen Demokratie keineswegs abwegig erscheinen.

## Literatur

- Arditi, Benjamin* (2003): Populism, or, Politics at the Edges of Democracy, in: *Contemporary Politics* 9 (1/2003), S. 17–31.
- Brand, Thorsten / Follmer, Robert / Unzicker, Kai* (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie, hrsg. von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Decker, Frank* (2003): The Populist Challenge to Liberal Democracy, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* 6 (2/2003), S. 47–59.
- Decker, Frank* (2005): Notwendiges Korrektiv oder systemgefährdendes Übel? – Die Herausforderungen der liberalen Demokratie durch den neuen Rechtspopulismus, in: Rudolf von Thadden / Anna Hoffmann (Hg.) *Populismus in Europa – Krise der Demokratie?*, Göttingen, S. 45–58.
- Diehl, Paula* (2016): Demokratische Repräsentation und ihre Krise, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 66 (40–42/2016), S. 12–17.

- Eribon, Didier* (2016): Rückkehr nach Reims, Berlin.
- Finchelstein, Federico* (2017): From Fascism to Populism in History, Oakland.
- Freedom House* (2019): Freedom in the World 2019. Democracy in Retreat (online unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2019/democracy-retreat> – letzter Zugriff: 21.09.2020).
- Frey, Carl B. / Chen, Chinchih / Presidente, Giorgio* (2020): Democracy, Culture and Contagion: Political Regimes and Countries Responsiveness to Covid-19 (online unter: [www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/Democracy-Culture-and-Contagion\\_May13.pdf](http://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/Democracy-Culture-and-Contagion_May13.pdf) – letzter Zugriff: 21.09.2020).
- Goodheart, David* (2017): The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics, London.
- Hamilton, Alexander / Madison, James / Jay, John* (1961): The Federalist Papers, eingeleitet von Clinton Rossiter, New York [zuerst 1788].
- Hartleb, Florian* (2012): Populismus als Totengräber oder mögliches Korrektiv der Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (5–6/2012), S. 22–29.
- Hermet, Guy* (2001): Les populismes dans le monde, Paris.
- Hochschild, Arlie* (2016): Strangers in their own Land. Anger and Mourning on the American Right. A Journey to the Heart of Our Political Divide, New York.
- Jörke, Dirk / Nachtwey, Oliver* (2017): Das Volk gegen die (liberale) Demokratie, Baden-Baden.
- Kielmansegg, Peter G.* (2016) Repräsentation und Partizipation. Überlegungen zur Zukunft der repräsentativen Demokratie, Stuttgart.
- Kielmansegg, Peter G.* (2017): Populismus ohne Grenzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Februar 2017, S. 6.
- Krästev, Ivan* (2017): Europadämmerung. Ein Essay, Berlin.
- Lefort, Claude* (1991): Démocratie et représentation, in: Daniel Pécaut / Bernardo Sori (Hg.), Métamorphoses de la représentation politique au Brésil et en Europe, Paris, S. 223–232.
- Lengfeld, Holger* (2017): Die »Alternative für Deutschland«. Wine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 69 (2/2017), S. 209–232.
- Levitsky, Steven / Ziblatt, Daniel* (2018): How Democracies Die, New York.
- Lilla, Mark* (2017): The Once and Future Liberal. After Identity Politics, New York.
- Mair, Peter* (2002): Populist Democracy vs. Party Democracy, in: Yves Mény / Yves Surel (Hg.), Democracy and the Populist Challenge, New York, S. 81–98.
- Mény, Yves / Surel, Yves* (Hg.) (2002): Democracies and the Populist Challenge, Basingstoke.
- Merkel, Wolfgang* (2015): Demokratie und Krise, Wiesbaden.
- Merkel, Wolfgang* (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Philipp Harfst / Ina Kubbe / Thomas Poguntke (Hg.), Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy, Wiesbaden, S. 9–23.



- Mercator Forum Migration und Demokratie* (2018): Migration und Populismus. MIDEM Jahresbericht 2018, Dresden (online unter: [https://forum-midem.de/cms/data/fm/download/TUD\\_MIDEM\\_Jahresbericht2018\\_WEB\\_RZ\\_2.pdf](https://forum-midem.de/cms/data/fm/download/TUD_MIDEM_Jahresbericht2018_WEB_RZ_2.pdf) – letzter Zugriff: 21.09.2020).
- Mercator Forum Migration und Demokratie* (2019): Migration und Europa. MIDEM Jahresbericht 2019, Dresden (online unter: [https://forum-midem.de/cms/data/fm/user\\_upload/Projekte/TUD\\_MIDEM\\_Jahresbericht2019\\_Web.pdf](https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Projekte/TUD_MIDEM_Jahresbericht2019_Web.pdf) – letzter Zugriff: 21.09.2020).
- Mill, John St.* (1971): Betrachtungen über die repräsentative Demokratie, hrsg. von Kurt L. Shell, Paderborn [zuerst 1861].
- Mill, John St.* (2009): Über die Freiheit, Köln [zuerst 1859].
- Mounk, Yascha* (2018): Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht, München.
- Mudde, Cas / Kaltwasser, Cristóbal R.* (2012): Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy, Cambridge.
- Mudde, Cas / Kaltwasser, Cristóbal R.* (2017): Populism. A Very Short Introduction, New York.
- Müller, Jan-Werner* (2016): Was ist Populismus?, Berlin.
- Nachtwey, Oliver* (2017): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin.
- Norris, Pippa / Inglehart, Ronald* (2018): Cultural Backlash: Trump, Brexit and the Rise of Authoritarian Populism, Cambridge.
- Orbán, Viktor* (2014): Prime Minister Viktor Orbán's Speech at the 25th Bálványos Summer Free University and Student Camp, 30. Juli 2014 (online unter: [www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-at-the-25th-balvanyos-summer-free-university-and-student-camp](http://www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-at-the-25th-balvanyos-summer-free-university-and-student-camp) – letzter Zugriff: 21.09.2020).
- Paine, Thomas* (1984): Rights of Man, New York [zuerst 1791].
- Pörksen, Bernhard* (2018): Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung, München.
- Priester, Karin* (2007): Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt/M.
- Priester, Karin* (2011): Definitionen und Typologien des Populismus, in: Soziale Welt 62 (2/2011), S. 185–198.
- Rodrik, Dani* (2017): Populism and the Economics of Globalization, Cambridge.
- Rousseau, Jean-Jacques* (1977): Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts, hrsg. von Hans Brockard, Leipzig [zuerst 1762].
- Strohschneider, Peter* (2018): Potus als Twitterer, in: Zeitschrift für Ideengeschichte 12 (3/2018), S. 61–75 (online unter: [www.z-i-g.de/pdf/ZIG\\_3\\_2018\\_strohschneider\\_61.pdf](http://www.z-i-g.de/pdf/ZIG_3_2018_strohschneider_61.pdf) – letzter Zugriff: 21.09.2020).
- Taggart, Paul A.* (2000): Populism, Buckingham.
- Tocqueville, Alexis de* (1984): Über die Demokratie in Amerika, München [zuerst 1835].
- Torre, Carlos de la* (Hg.) (2015): The Promise and Perils of Populism. Global Perspectives, Lexington.

- Urbinati, Nadia* (2014): *Democracy Disfigured*, Cambridge/London.
- Varieties of Democracy Institute* (2020): *Autocratization Surges – Resistance Grows. Democracy Report 2020*, Göteborg (online unter: [www.v-dem.net/media/filer\\_public/fo/5d/fo5d46d8-626f-4b20-8e4e-53d4b134bfc6/democracy\\_report\\_2020\\_low.pdf](http://www.v-dem.net/media/filer_public/fo/5d/fo5d46d8-626f-4b20-8e4e-53d4b134bfc6/democracy_report_2020_low.pdf) – letzter Zugriff: 21.09.2020).
- Vorländer, Hans* (2011a): The good, the bad, and the ugly. Über das Verhältnis von Populismus und Demokratie – Eine Skizze, in: *Totalitarismus und Demokratie* 8 (2/2011), S. 185–194.
- Vorländer, Hans* (2011b): Der Wutbürger – Repräsentative Demokratie und kollektive Emotionen, in: Harald Bluhm / Karsten Fischer / Marcus Llanque (Hg.), *Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte*, Berlin, S. 467–478.
- Vorländer, Hans* (2011c): Spiel ohne Bürger, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. Juli 2011, S. 8.
- Vorländer, Hans* (2013): Kritik, Krise, Szenarien. Zur Lage der Demokratie, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 23 (2/2013), S. 267–277.
- Vorländer, Hans* (2016): Wenn das Volk gegen die Demokratie aufsteht. Die Bruchstelle der repräsentativen Demokratie und die populistische Herausforderung, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.), *Vielfalt statt Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge?*, Gütersloh, S. 59–79.
- Vorländer, Hans / Herold, Maik / Schäller, Steven* (2016): *PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*, Wiesbaden.
- Vorländer, Hans / Herold, Maik / Schäller, Steven* (2018): *PEGIDA and New Right-Wing Populism in Germany*, New York.
- Vorländer, Hans* (2019a): Populism and Modern Democracy – An Outline, in: Heike Paul / Ursula Prutsch / Jürgen Gebhardt (Hg.), *The Comback of Populism. Transatlantic Perspectives*, Heidelberg, S. 13–28.
- Vorländer, Hans* (2019b): Demokratien unter Druck. Ein Essay, in: Manuel Fröhlich / Oliver W. Lembcke / Florian Weber-Stein (Hg.), *Universitas. Ideen, Individuen und Institutionen in Politik und Wissenschaft. Festschrift für Klaus Dicke*, Baden-Baden, S. 357–366.
- Vorländer, Hans* (2019c): Populismus und die repräsentative Demokratie, in: Ahmet Cavuldak (Hg.), *Die Grammatik der Demokratie. Das Staatsverständnis von Peter Graf Kielmansegg*, Baden-Baden, S. 227–246.
- Zielonka, Jan* (2018): *Counter-Revolution. Liberal Europe in Retreat*, Oxford.

## Stabilität und Wandel

Wie viel politische Beteiligung braucht die Demokratie?\*

### 1. Stabilität und Wandel: Politische Beteiligung in der Demokratie – drei Thesen

*These 1:* Politische Partizipation weist bekanntlich gleichermaßen normative wie instrumentelle Aspekte auf. Normativ steht der Aspekt des Zusammenhandelns im Zentrum; instrumentell geht es um Einflussnahme, das heißt um alle Handlungen, die Bürger freiwillig, individuell und/oder kollektiv gemeinsam mit anderen unternehmen, um politische Entscheidungen direkt oder indirekt zu ihren Gunsten zu beeinflussen.<sup>1</sup> Es geht um Wertberücksichtigung und Interessendurchsetzung. Adressaten sind, zumal in den repräsentativen Demokratien, die politischen Entscheidungsträger in Regierung und Bürokratie, Parlament und Parteien auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems. Und es geht gleichermaßen um Teilnahme wie Teilhabe. Formen wie Ausmaß der politischen Partizipation finden damit in der wechselseitigen Abhängigkeit der Input- wie Output-Dimension demokratischer politischer Herrschaft statt und sie hängen ab vom Grad sozialer Inklusion. Die Leistungsfähigkeit der Politik, insbesondere die Responsivität der politischen Akteure, hat ganz offensichtlich Rückwirkungen auf unser Engagement.

*These 2:* Kennzeichen der Partizipation in der Demokratie ist die Vielfalt ihrer Formen. Und der Bürger praktiziert sie auch höchst unterschiedlich – und zwar in Abhängigkeit von den politisch-institutionellen Möglichkeiten, der tradierten Partizipationskultur und vom gesellschaftlichen Kontext wie der sozialen Lage.

---

\* Der Beitrag geht zurück auf einen gleichnamigen Vortrag, den der Autor im Vorfeld der Bundestagswahl am 7. Juni 2017 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Halle-Wittenberg gehalten hat. Die Diktion der Präsentation wurde bewusst beibehalten, für die Publikation geringfügig überarbeitet und um den wissenschaftlichen Apparat ergänzt. Das grafische Material entstammt öffentlich zugänglichen Internetquellen, die jeweils bibliografisch dokumentiert sind.

1 In Anlehnung an Schultze 1995.

*These 3:* Stabilität – politische wie gesellschaftliche – bedarf des Wandels ihrer Strukturen und Verhältnisse. Denn Stabilität meint nicht nur Konstanz; sie führt allzu leicht zu Immobilität. Gerade weil der Grat zwischen Stabilität und Starre außerordentlich schmal ist – wie unter anderem der Soziologe Ralf Dahrendorf, einer der Vordenker des bundesrepublikanischen und west-europäischen Nachkriegsliberalismus, am Beispiel der deutschen Geschichte gezeigt hat –, ist die Komplementarität von Konstanz und Wandel im Begriff der Stabilität fundamental. Denn schlägt Stabilität in Starre um – so Dahrendorf –, »produziert sie ihren inneren Widerspruch, die Revolution«.<sup>2</sup> Dies gilt unabhängig von der Herrschaftsform und damit auch und gerade für Demokratien, wobei Form wie Inhalt im historischen Verlauf durchaus unterschiedliche Gestalt annehmen können. Revolutionäre Veränderungen sind nicht nur von Gewalt bestimmt; es gibt eben auch »friedliche« und »stille« Revolutionen. Es gab und gibt solche Veränderungsprozesse, die die demokratischen Verhältnisse befördert haben – genauso wie solche, die zur Involution, zur Aushöhlung der Demokratie, geführt haben und in autoritären Regimen oder Diktaturen endeten.

## 2. Formen politischer Beteiligung in der Demokratie

Die Formen politischer Beteiligung in der Demokratie sind höchst vielfältig.<sup>3</sup> Sie reichen – um nur einige wenige aus der Palette der Möglichkeiten zu nennen:

- von der Teilnahme an Wahlen und Referenden über Hausbesetzungen bis hin zu revolutionärer Gewalt;
- von Gesprächen über Politik in der Familie oder am Arbeitsplatz zu Formen direkter wie indirekter, analoger wie digitaler Kommunikation;
- von der Wahrnehmung von Mandaten in Parteien, der Mitgliedschaft in gesellschaftlichen Verbänden bis hin zu Streiks und Demonstrationen;
- von der Mitarbeit in Bürgerinitiativen bis zum zivilen Ungehorsam, zum Beispiel bei Greenpeace-Aktionen.

Und sie können individuell und/oder im Zusammenhandeln mit anderen wahrgenommen werden. Beispiele hierfür sind individuell die Stimmabgabe bei Wahlen und Referenden, kollektiv beispielsweise die Mitarbeit in Parteien, Bürgerinitiativen oder auch in den sozialen Bewegungen und der Netzwerk-Kommunikation.

---

<sup>2</sup> Dahrendorf 1968: 143 und passim.

<sup>3</sup> Vgl. für viele Schultze 1995, Dalton 2008.

Die verschiedenen Formen der Beteiligung stellen höchst unterschiedliche Anforderungen an den Bürger.<sup>4</sup> Repräsentativ-demokratische Beteiligung stellt deutliche andere Anforderungen als direktdemokratische Beteiligung an Engagement und Aufwand. Denn sie variieren hinsichtlich der Komplexität, des Aufwandes und der Kosten, die mit dem Partizipationsakt verbunden sind, aber auch hinsichtlich der Betroffenheit und der Intensität, mit der ein politisches Ziel vertreten werden kann. Die Formen der Beteiligung unterscheiden sich auch darin, ob mit dem Partizipationsakt eher konkrete oder abstrakte, eher sachliche oder personelle Entscheidungen verbunden sind, ob er eher materiellen oder symbolisch-rituellen Zielen dient.

Deutlich werden diese Unterschiede, vergleicht man die Beteiligung bei Wahlen mit der Beteiligung in Bürgerinitiativen: Unter den Bedingungen allgemeinen Wahlrechts ist die Stimmabgabe bei Wahlen nicht nur die allgemeinste Form politischer Partizipation; die Wahl ist zugleich der einfachste Akt und die egalitärste Form politischer Beteiligung, mit welcher der geringste Aufwand verbunden ist. Der Wahlakt ist bezogen auf eine diffuse Vielfalt von Themen wenig konkret und lässt eine nach Engagement und Intensität abgestufte Partizipation nicht zu. Wahlen sind folglich eher abstrakt auf Generalisierung und Formalisierung der Willensbildung gerichtet. Inhaltlich ist dadurch die Mitwirkung des Bürgers stark vorstrukturiert und seine Beteiligung auf die periodische Stimmabgabe beschränkt.

Allerdings erlauben Wahlen den ansonsten nur gering organisierten und nur wenig konfliktfähigen oder auch neuen Interessen einen vergleichsweise einfachen Zugang zum politischen System. Selbst unter den restriktiven Bedingungen der Fünfprozent-Sperrklausel kann dies gelingen. Die zumindest zeitweilige oder auch dauerhafte parlamentarische Repräsentation neu formierter Parteien – wie der Grünen nach 1980, der PDS/Linkspartei oder auch der Piraten und jüngst der AfD – und damit der Wandel und die Pluralisierung im deutschen Parteiensystem belegen dies.

Dennoch: Im Wahlakt geht es primär um die Übertragung von Handlungsvollmacht an die politischen Eliten, um die Einsetzung, Bestätigung oder Abwahl von Regierungen sowie die Einsetzung von Opposition. Demgegenüber entsteht die Mitarbeit in Bürgerinitiativen meist aufgrund individueller Betroffenheit; sie ist auf ein konkretes Problem bezogen, wenig symbolisch, aber engagiert und intensiv, damit auch zeit- und kostenintensiv; sie ist sowohl ein Akt sozialer Integration in bestimmte Umwelten, Milieus beziehungsweise Netzwerke und zugleich ein Akt ideologischer Identifi-

---

4 Zum Folgenden siehe Schultze 1995; vgl. auch Hoecker 2006.

kation mit politischen Programmen und/oder normativen Zielen als auch instrumentelles Handeln zur Durchsetzung dieser Ziele.

Steht bei Wahlen oder auch Referenden der instrumentelle Aspekt im Vordergrund, ist es bei der direkt-demokratischen Beteiligung in Bürgerinitiativen beziehungsweise sozialen Bewegungen der normative Aspekt des Zusammenhandelns.

### **3. Politische Beteiligung in der gespaltenen Demokratie: Befunde und Gründe**

Die Bürger praktizieren und kombinieren individuelle wie kollektive, konventionelle wie unkonventionelle Beteiligungsformen – in allerdings deutlich unterschiedlicher Intensität.

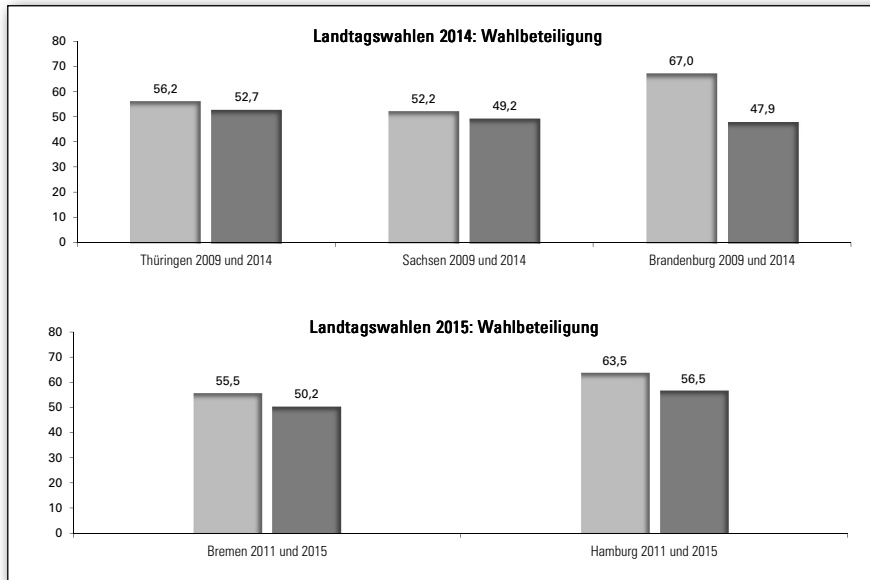
Sodann gibt es ganz offensichtlich Konjunkturen oder gar Zyklen politischer Beteiligung – wie bereits ein Blick auf das Auf und Ab, ja die starken Schwankungen der Wahlbeteiligung zeigen (siehe unten). Die Beteiligung oszilliert zwischen zeitweilig hohem bürgerschaftlichem Engagement einerseits und dem »Rückzug ins Private« andererseits. Beides ist in gewissen Grenzen eher ein Zeichen demokratischer Normalität denn von Instabilität wie Legitimitätsverlust. Ausmaß wie Umschlagpunkt sind kaum genau und bestenfalls näherungsweise zu bestimmen. Die Alarmglocken sollten allerdings läuten, wenn die Beteiligung bei Wahlen über einen längeren Zeitraum unter die 50-Prozentmarke sinkt, denn das die Demokratie legitimierende Mehrheitsprinzip wird dadurch nicht nur beschädigt, sondern existenziell ausgehöhlt.

Umfang, Intensität wie Vielfalt der bürgerschaftlichen Beteiligung hängen dabei ab (1.) von den Partizipationstraditionen einer politischen Kultur, (2.) dem politischen Interesse der Bürger, (3.) von den Handlungsressourcen und der kommunikativen Vernetztheit, über die der Bürger verfügt, und damit von seiner sozialen Lage sowie (4.) vom jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Kontext. Hierzu einige wenige empirische Befunde:

#### **3.1 Befund: Wahlbeteiligung**

Empirisch zeigt sich dabei, dass die politische Beteiligung, insbesondere die Wahlbeteiligung, unverändert von der Mehrheit der Bürger als staatsbürgerliche Pflicht begriffen wird. Allerdings sinkt die Bedeutung der sogenannten Wahlnorm, wonach es zum guten demokratischen Ton gehöre, zur Wahl zu gehen, seit geraumer Zeit stark.

Abbildung 1: Wahlbeteiligung Landtagswahlen I (in Prozent)



Quelle: eigene Darstellung; Daten: Veröffentlichungen der jeweiligen Statistischen Landesämter.

Sodann ist die Beteiligung in hohem Maße vom jeweiligen sozial-ökonomischen Status abhängig: Je höher der soziale Status, desto größer ist das Partizipationsinteresse, desto vielfältiger sind die Partizipationsformen und Partizipationskanäle, die individuell zur Verfügung stehen, desto leichter und erfolgreicher können die Partizipationschancen wahrgenommen werden. Dieses vielfach empirisch nachgewiesene »Standardmodell politischer Partizipation« gilt für konventionelle wie unkonventionelle Beteiligung.<sup>5</sup>

In der Bundesrepublik ist die Wahlbeteiligung zwar im europäischen Vergleich weiterhin überdurchschnittlich. Sie ist allerdings mit dem Bedeutungsverlust der Wahlnorm, mit der Auflösung traditioneller Wählmilieus und dem Rückgang der Parteibindung seit den 1970er-Jahren stark gesunken.<sup>6</sup> Zwischen 1970 und 1990 beziehungsweise 1990 und 2013 im Durchschnitt jeweils um circa 10 bis 12 Prozentpunkte; bei den Bundestagswahlen von 2009 und 2013 lag sie bei 70,8 respektive 71,5 Prozent. Bei den fälschlicherweise häufig als »Nebenwahlen« bezeichneten Landtagswahlen betrug sie im

5 Vgl. für viele Verba/Nie/Kim 1978, Dalton 2008, Petersen et al. 2013, Schultze 2013b.

6 Siehe unter anderem Schäfer 2015: passim.

Durchschnitt der Länder zwischen 1990 und 2000 69 Prozent, zwischen 2000 und 2013 61 Prozent. Bei Kommunal- und Europawahlen lag sie nochmals jeweils um circa 10 Prozentpunkte niedriger bei 52 respektive 43 Prozent; bei manchen Wählergruppen deutlich unter 40 Prozent.<sup>7</sup>

Diese Trends haben sich nach 2013 auch bei den Landtagswahlen bis Ende 2015 zunächst fortgesetzt, wie Abbildung 1 zeigt. Im Durchschnitt der Landtagswahlen erreichte die Wahlbeteiligung gerade noch 51 Prozent. Seit den Landtagswahlen 2016 stieg die Beteiligung indessen an: im Durchschnitt der Länder auf 66 Prozent; in den neuen Bundesländern inklusive Berlin auf knapp 64 Prozent, in den alten Bundesländern auf 68 Prozent.

Für den Zeitraum seit der Bundestagswahl von 2013 zeigen sich damit deutlich gegenläufige Entwicklungen. Die Trendwende in der Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen seit 2016 – mit Steigerungsraten von bis zu 10 Prozentpunkten – geht einher mit dem seit Kurzem wieder steigenden Engagement der Bürger in den repräsentativ-demokratischen Institutionen und zeigt sich etwa in der beachtlichen Zahl an Neueintritten in die Parteien.<sup>8</sup>

Die Veränderungen fanden bei der Bundestagswahl vom 24. September 2017 ihre Bestätigung: Die Wahlbeteiligung stieg bundesweit um 4,7 Prozentpunkte auf 76,2 Prozent. Zuwächse gab es in allen Bundesländern, mit

- Höchstwerten von 78,3 respektive 78,2 Prozent in Baden-Württemberg und Bayern, Tiefstwerten von 68,1 respektive 70,7 Prozent in Sachsen-Anhalt und Bremen;
- unterdurchschnittlicher Beteiligung im Westen der Republik in den beiden Stadtstaaten Bremen, Hamburg und in Nordrhein-Westfalen (75,4 Prozent);
- unterdurchschnittlicher Beteiligung in allen Ländern im Osten der Republik bei allerdings dort (ausgenommen Berlin) durchweg starken Zuwächsen von bis zu 6,0 Prozentpunkten;
- überdurchschnittlichen Steigerungsraten im Westen der Republik in Rheinland-Pfalz (+4,8 auf 77,6 Prozent), Hamburg (+5,6 auf 75,9 Prozent) sowie vor allem in Bayern mit der höchsten Zuwachsrate von 8,2 Prozentpunkten.<sup>9</sup>

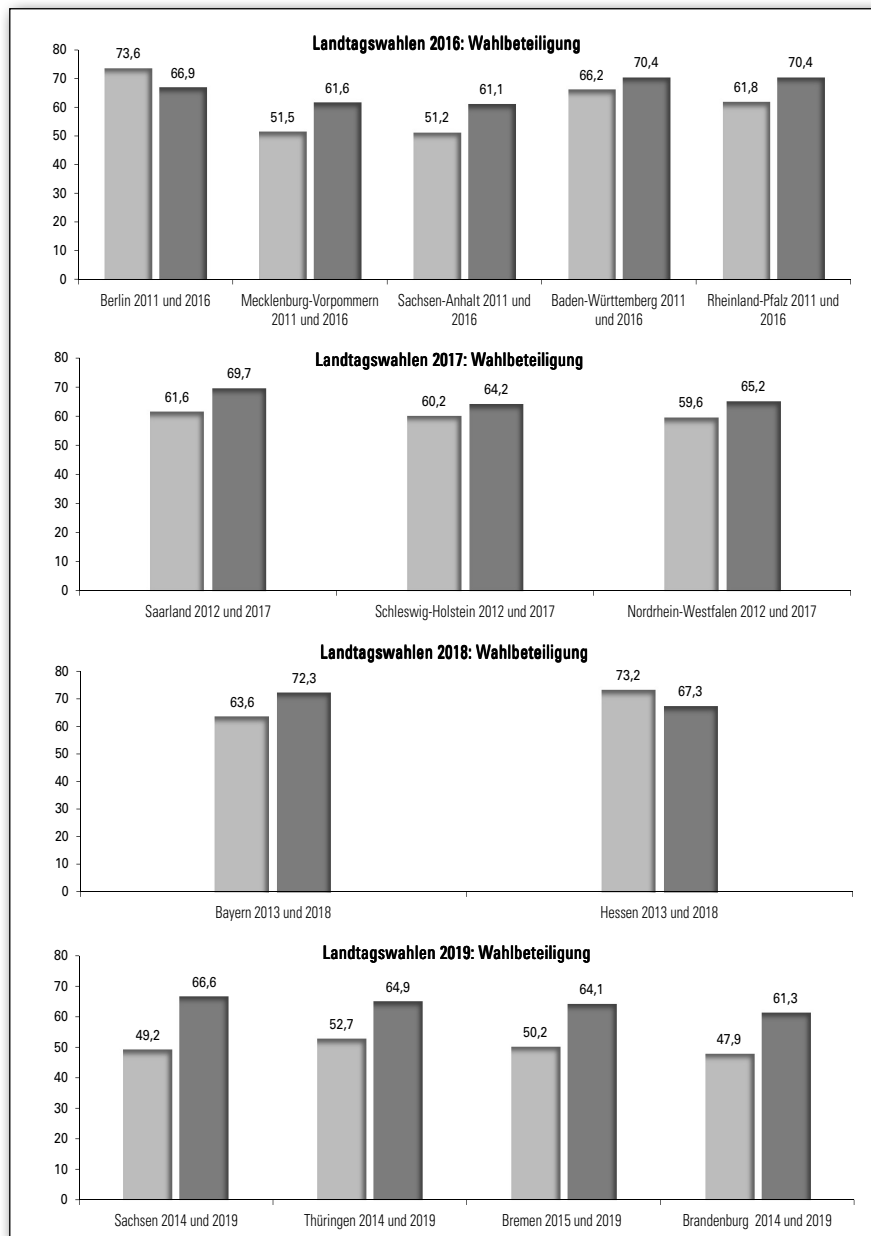
7 Nach Schäfer 2015: passim.

8 Vgl. die jährlich in der Zeitschrift für Parlamentsfragen von Oskar Niedermayer publizierten Daten zur Entwicklung der Parteimitgliedschaften: Niedermayer 2017; zuletzt 2019.

9 Der starke Anstieg der Wahlbeteiligung in Bayern geht ganz offensichtlich einher mit den erdrutschartigen Verlusten der CSU um 10,5 Prozentpunkte auf 38,8 Prozent der Zweitstimmen und den parallelen Gewinnen der AfD (+8,1 Punkte), die in Bayern mit 12,4 Prozent ihr bestes Ergebnis aller westdeutschen Länder erzielte (vgl. Schultze 2019). Der in Abbildung 2 für Hessen dokumentierte Rückgang der Beteiligung gegenüber 2013 relativiert sich in Anbetracht der Tatsache, dass 2013 Landtags- wie Bundestagswahl am selben Tag abgehalten wurden.



Abbildung 2: Wahlbeteiligung Landtagswahlen II (in Prozent)



Quelle: eigene Darstellung; Daten: Veröffentlichungen der jeweiligen Statistischen Landesämter.

Diese Trendwenden stehen zweifelsohne im Zusammenhang mit den tief greifenden globalen wie nationalen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen mit ihren neuen Konfliktfeldern und dem dadurch ausgelösten Partizipations- und Politikwandel, auf den noch zurückzukommen sein wird. Sie sollten allerdings nicht zu voreiligen Schlüssen verleiten (siehe unten).

### 3.2 Befund: Standardmodell politischer Beteiligung

Das »Standardmodell politischer Partizipation« gilt – wie gesagt – für konventionelle wie unkonventionelle Beteiligung. Durch den Bedeutungsverlust der Wahlnorm steigt der Einfluss der Nichtwahl wie der direkt-demokratischen Beteiligung. Auch für die Wahlenthaltung gilt, dass Nicht-Entscheiden eine Entscheidung darstellt. Durch beides erhöht sich die soziale Asymmetrie in der politischen Beteiligung, wovon durchaus Konsequenzen für die makropolitischen Ergebnisse der Politik, für die Parteistärken, Regierungsverhältnisse und damit die Politikinhalte ausgehen.<sup>10</sup>

Das politische System weist insofern zunehmend Züge einer »gespaltenen Demokratie« auf – eine Begrifflichkeit, mit der die Bertelsmann Stiftung die soziale Schieflage in der politischen Beteiligung der Deutschen außerordentlich treffend charakterisiert hat.<sup>11</sup> Im Folgenden orientiere ich mich zunächst an den empirischen Befunden, die die Bertelsmann Stiftung aus Anlass und im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 zu politischer Kultur und Beteiligung in ihren verschiedenen Studien vorgelegt hat. Die Abbildung sind dieser gemeinsam mit dem Institut für Demoskopie Allensbach erstellten Untersuchung entnommen.<sup>12</sup>

Zwar ist die Zustimmung zur Demokratie ungebrochen, wenn gegenwärtig rund 80 Prozent der Bürger im Allgemeinen ganz oder einigermaßen mit der Demokratie zufrieden sind. Doch bestehen beachtliche Unterschiede in Demokratiezufriedenheit, Institutionenvertrauen, politischem Interesse, der Wahlbeteiligung oder auch in der Einschätzung der Parteien.

Abbildung 3 belegt den deutlichen Rückgang starken politischen Interesses in der jüngeren Vergangenheit,<sup>13</sup> das sozial beachtliche Schiefagen aufweist. So ergab die Befragung vor der Bundestagswahl von 2013, dass nur 10 Prozent aus dem unteren Drittel der Gesellschaft, aber 34 Prozent aus

---

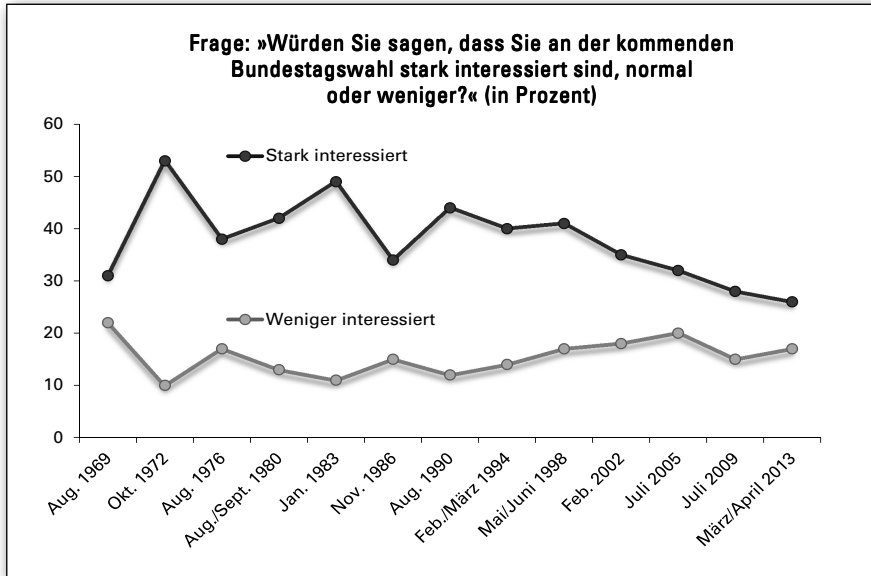
10 Vgl. unter anderem Schäfer 2011, Schultze 2013b.

11 Vgl. Petersen et al. 2013, Bertelsmann Stiftung 2014: passim.

12 Vgl. Petersen et al. 2013: passim.

13 Vgl. Petersen et al. 2013: 32.

Abbildung 3: Politisches Interesse I



Quelle: eigene Darstellung; Daten: Allenbacher Archiv, IfD-Umfragen zuletzt 11 006 (März/April 2013). Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren (1969 bis 1990: Westdeutschland).

dem oberen Drittel stark an Politik interessiert sind.<sup>14</sup> Ähnliche Ergebnisse erbrachten – wie Abbildung 4 zeigt – die Fragen nach dem Partizipationsinteresse und nach der Einschätzung der eigenen Einwirkungsmöglichkeiten auf die politischen Entscheidungen.<sup>15</sup>

Festzuhalten ist: Die Spaltungen sind deutlich ausgeprägt nach sozialer Schicht – nach Alter und Migrationshintergrund, sollte man hinzufügen –, wenn etwa nur die Hälfte der Bürger politisch interessiert ist, fast die Hälfte der Befragten aus dem unteren Drittel der Gesellschaft sagt, dass es »nichts bringt, sich politisch zu beteiligen« und sie sich – wie wir gleich sehen werden – auch deutlich geringer beteiligen als die Ober- und Mittelschichtwähler. Die Schere der sozialen Asymmetrie in den Beteiligungsraten bei Wahlen ist in der jüngeren Vergangenheit weiter auseinander gegangen.

Die in Abbildung 5 dokumentierte soziale Spaltung in den Beteiligungsraten resultiert nicht zuletzt aus der fortdauernden Existenz des »Standard-

<sup>14</sup> Vgl. Petersen et al. 2013: 33, 19.

<sup>15</sup> Vgl. Petersen et al. 2013: 11.

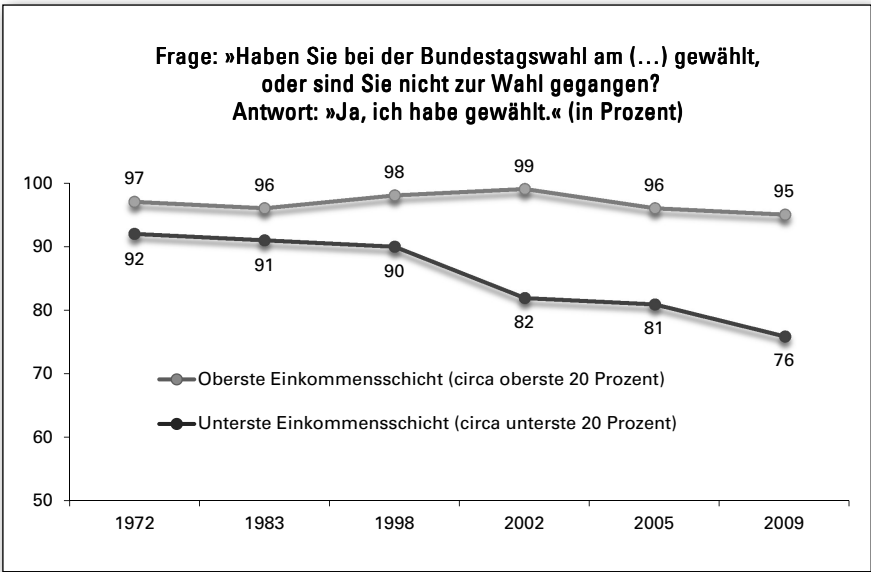
Abbildung 4: Politisches Interesse II

Frage: »Wenn jemand sagt: »Es bringt nichts, sich politisch zu engagieren. Da kann man als Bürger ohnehin nichts ausrichten.« Würden Sie dem zustimmen, oder sehen Sie das nicht so?« (Angaben in Prozent)

| Soziale Schicht   | untere Schicht | untere Mittelschicht | obere Mittelschicht/<br>Oberschicht |
|-------------------|----------------|----------------------|-------------------------------------|
| Zustimmung        | 45             | 31                   | 18                                  |
| Sehe das nicht so | 35             | 57                   | 70                                  |
| Keine Angabe      | 20             | 13                   | 12                                  |
|                   | 100            | 100                  | 100                                 |
| n =               | 106            | 800                  | 557                                 |

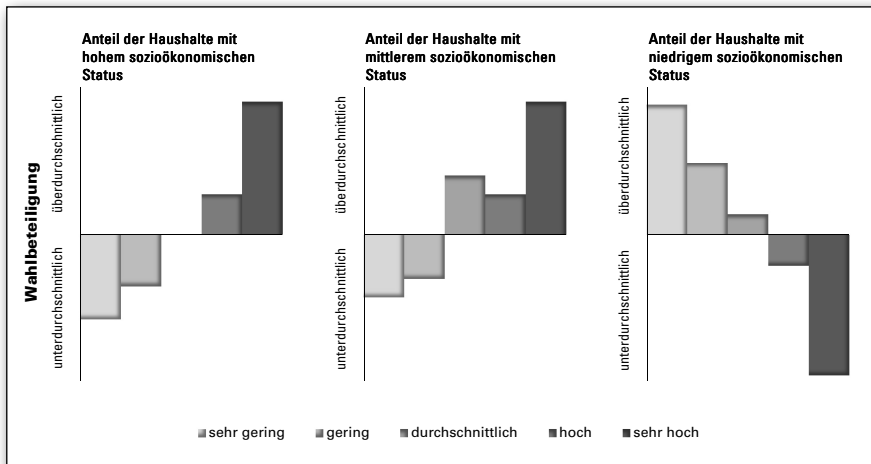
Quelle: eigene Darstellung; Daten: Allenbacher Archiv, IfD-Umfrage 11 006 (März/April 2013). Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren.

Abbildung 5: Wahlbeteiligung und Einkommensverteilung



Quelle: eigene Darstellung; Daten: Allenbacher Archiv, IfD-Umfragen. Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren (bis 1991: Westdeutschland).

Abbildung 6: Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2017 auf Stimmbezirksebene nach sozioökonomischen Status



Quelle: Bertelsmann Stiftung; Daten: Infratest dimap.

modells politischer Partizipation«. Die Befunde haben sich seither höchstens graduell, aber nicht grundsätzlich gewandelt. Im Gegenteil: Die soziale Spaltung in der Wählerschaft hat sich – wie die Analyse der Bertelsmann Stiftung zur Landtagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen zeigt – trotz der gestiegenen Wahlbeteiligung weiter akzentuiert.<sup>16</sup> So ergab die Untersuchung der Partizipationsraten auf Stimmbezirksebene, dass sich die Differenzen in der Wahlbeteiligung im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl von 2012 weiter verschärften. Bei einer Beteiligung im Landesdurchschnitt von 65,2 Prozent differierte sie in den Stimmbezirken mit den höchsten respektive niedrigsten Anteilen zwischen 79 und 49 Prozent, betrug die Spreizung damit 30 Prozentpunkte und war nochmals geringfügig angestiegen.<sup>17</sup>

Die beiden Abbildungen 6 und 7 dokumentieren die ausgeprägte soziale Spaltung. Abbildung 6 zeigt auf Stimmbezirksebene den Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Status und Wahlbeteiligung.<sup>18</sup> Die Korrelationen zwischen Statusdifferenzierung und über- beziehungsweise unterdurchschnittlicher Beteiligung treten klar zutage.

<sup>16</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung 2017: passim.

<sup>17</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung 2017: 9.

<sup>18</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung 2017: 12.